

Bezugspreis:

Für den Monat Februar 2000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 2000 M., für das übrige Ausland 2000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Irland, Island, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Kompositionelle Seite 600 M. Kleinanzeigen das Zeitgedruckte Wort 100 M. (zweiwöchige Zeitgedruckte Worte), jedes weitere Wort 100 M. Die Anzeigen des ersten Wortes 100 M., jedes weitere Wort 70 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 150 M. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 6. Februar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Das Weltgewissen erwacht! Kundgebung der Internationale.

Paris, 5. Februar. (WZ.) Auf dem sozialistischen Parteitag in Lille wurde heute vormittag über französische innenpolitische Fragen, u. a. die neue französische Militärverfassung, verhandelt. Zum Schluss kam es zu einer internationalen Kundgebung in der Form eines an den Völkerbund und an die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten gerichteten Ersuchens um Intervention in der Reparationsfrage, das den französischen und den ausländischen Delegierten von dem französischen Vertreter Vincent Auriant zur Unterzeichnung vorgelegt wurde.

In seiner Ankündigungsrede erklärte Auriant, daß es trotz des Versagens des Völkerbundes von Wichtigkeit sei, ihn vor seine Verantwortung zu stellen. Das von dem Antragsteller eingebrachte Dokument stellt fest, daß die Unterzeichner die sozialistischen Parteien der an der Reparationsfrage interessierten Länder Belgien, Deutschland, England, Frankreich und Italien vertreten. Die Lösung der Reparationsfrage wird als das Hauptelement und die wesentliche Vorbedingung einer Erneuerung des wahren Friedens bezeichnet. Diese Lösung sei nur möglich durch Maßnahmen internationaler Art. Die Entschließung sagt, ins einzelne gehend, die Vorschläge der sozialistischen Parteien zur Reparationsfrage und zur Wiederaufbaufrage, wie sie im März 1921 in Amsterdam, im Februar und März 1922 in Paris und Frankfurt und erst kürzlich noch auf dem Weltkongress im Haag gemacht wurden, noch einmal zusammen. Die wesentlichen Bestandteile dieses Programms sind bekanntlich:

- 1. Endgültige Festsetzung der deutschen Schuld im Rahmen der deutschen Leistungsfähigkeit nach Maßgabe der für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden und die Wiederherstellung der verwüsteten Gebiete erforderlichen Maßnahmen.
2. Streichung der interalliierten Schulden.
3. Durchführung von internationalen Kreditoperationen seitens des Völkerbundes.
4. Unmittelbarer Abschluß von Abmachungen in vorstehendem Sinne, Räumung aller auf Grund des Versailler Vertrages besetzten deutschen Gebiete.

Der Appell verweist darauf, daß dieser Plan weit über den Rahmen der sozialistischen Arbeiterschaft hinaus Zustimmung gefunden habe. Die Bankiers und wirtschaftlichen Sachverständigen hätten sich überall, wo sie ersichtlich eine praktische Lösung wollten, in diesem Sinne ausgesprochen und die Brüsseler Konferenz habe einstimmig von 39 Nationen unterzeichnete Vorschläge ähnlicher Art dem Völkerbund unterbreitet.

Der Schluß der Entschließung stellt mehr eine Anklage gegen die Regierungen und den Völkerbundsrat als ein Gesuch dar. Der Völkerbundsrat könne der Enttäuschung und der Sorgen der Völker ein Ende machen. Der Appell der sozialistischen Weltkonferenz im Haag an die Regierungen sei ohne Widerhall geblieben. Das gleiche Schicksal hätten die Exekutivkommissionen der drei gewerkschaftlichen und sozialistischen Internationalen mit ihren zehn Millionen Arbeitern erlitten. Sie hätten keine andere Antwort erhalten als eine neue Verschärfung der Krisis. Die gekümmerte Menschheit, die in den Völkerbund die Zuversicht auf einen neuen Weltfrieden hatte, die den Wunsch hegte, der Bund möge in diesen tragischen Zeiten andere als Fragen zweiten Ranges der Lösung zuführen. Können sich die Zurückhaltung und das Stillschweigen des Völkerbundesrates nicht erklären.

Die Regierungen hätten in dem Konflikt, von dem der Weltfrieden abhängt, nichts unternommen, auch aus eigener Initiative habe sich der Rat mit der Angelenheit nicht befaßt. Im Namen der Arbeiter der unterzeichneten Länder werde ihm deshalb öffentlich die Frage vorgelegt. Möchten die Regierung und das Volk der Vereinigten Staaten in dieser Debatte, in der es sich um Existenzfragen handelt, ihre Bemühungen mit denen des Sozialismus vereinigen. Der Völkerbund habe sich selbst und der Menschheit gegenüber die Pflicht, einzugreifen, und Deutschland die Rechte eines den assoziierten Ländern gleichgestellten Verhandlungsgenossen zu verleihen. Der Völkerbund stehe vor einer einzigartigen Gelegenheit, sich selbst als eine positive Macht zu erweisen.

Unterzeichnet haben für die französische Partei der Generalsekretär Paul Faure und der Abgeordnete Blum, für die Belgier Vandervelde, van Noossbroeck, für die Deutschen Hilferding, für die Italiener Matteotti, für die Engländer Baehthead und Roberts.

Hilferding in Lille.

In Ergänzung unseres gestrigen telegraphischen Berichts über die Eröffnungsfeier des französischen Parteitages in Lille, geben wir nachstehend, nach der „Volksstimme“, den Inhalt der Rede des Genossen Hilferding wieder, der als Vertreter unserer Partei an dem Kongress teilnimmt.

Hilferding führte aus, die deutschen Sozialdemokraten hätten immer verlangt, daß die deutsche Großindustrie die notwendigen Garantien gebe, um eine militärische Okkupation zu vermeiden. Er wies jedoch darauf hin, daß die Pariser Konferenz sich geweigert habe, Heren Bergmann anzuhören. Im Ruhrgebiet wie im Orient handele es sich um eine Frage des festen und flüchtigen Brennstoffs, Kohlen im Ruhrrevier, Petroleum in Mossul. Wir erkennen die

wirtschaftliche Bedeutung dieses Problems, aber man sollte den Brennstoff in die Oefen tun, um zu produzieren und ihn nicht benötigen, um die Welt aufs neue in Brand zu stecken.

Hilferding unterstrich alsdann die Bedeutung der Ruhrarbeiter innerhalb der deutschen Arbeiterschaft. Sie seien die besten Verteidiger des Friedens. Er fuhr dann fort: Wir deutschen Sozialisten wollen nicht nur, daß Frankreich die Reparationen erhält, sondern wir wünschen auch, daß ihm die notwendigen Garantien gegeben werden. Die deutsche Sozialdemokratische Partei habe alle Anstrengungen in dieser Richtung gemacht, aber es sei ein sonderbares Phänomen: jedesmal, wenn die deutsche Sozialdemokratie innerhalb Deutschlands einen Fehlschlag in diesem Sinne unternommen habe, dann ereignete sich wie durch Zufall regelmäßig im Auslande irgend etwas, was die Anstrengungen der deutschen Sozialdemokraten zunichte machte.

Hilferding ist trotzdem der Ansicht, daß eine Lösung wirtschaftlicher Art noch möglich sei. Wenn wir jedoch bei den Franzosen den Wunsch verspüren, Deutschland von den Gebieten zu trennen, die ihm gehören, dann antworten wir: Nein, nein und dreimal nein. Hilferding schloß mit der Aufforderung, man solle keine Tären für die Möglichkeit von Verhandlungen verschließen. Die ganze Hoffnung der deutschen Sozialdemokraten vereinige sich auf die Möglichkeit einer Intervention. Wir rechnen, erklärte er, auf die französischen Sozialisten insbesondere und auf die Sozialisten der übrigen Länder im allgemeinen, um diese Intervention herbeizuführen.

Wie die Blätter berichten, wurde die Rede Hilferdings mit enthusiastischem Beifall aufgenommen. Ihm antwortete der Generalsekretär der französischen Sozialistischen Partei in einer improvisierten Rede, in der er ausführte: Wir wollen zu einer französisch-deutschen Entente gelangen, die nach unserer Meinung das einzige Mittel darstellt, durch welches der Frieden der Welt wiederhergestellt werden kann. Auch der englische Delegierte schloß sich diesem Standpunkt an.

Paris, 5. Februar. (WZ.) In der gestrigen Nachmittags-sitzung des sozialistischen Parteitag hat, wie Savon aus Lille berichtet, der Generalsekretär der Partei, Faure, ein Telegramm der französischen kommunistischen Partei verlesen, in dem ein gemeinsames Vorgehen gegen die Ruhrbesetzung und die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges vorgeschlagen wird. Die Prüfung der so aufgeworfenen Frage ist an den Revolutionsausschuß verwiesen worden.

Massenkundgebungen in Holland.

Amsterdam, 5. Februar. (WZ.) Für den 7. Februar haben die Sozialistische Partei und der Niederländische Gewerkschaftsbund in zahlreichen holländischen Städten Einspruchssammlungen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes einberufen. In Amsterdam werden sprechen: der Führer der Kammerfraktion der Sozialdemokratie, der Vorsitzende des Niederländischen Gewerkschaftsbundes, das Mitglied der belgischen Kammer, C. C. E. Leters, und der deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid.

Proteste der IEP.

London, 5. Februar. (WZ.) Auf der Generalversammlung der Unabhängigen Arbeiterpartei Londons und der südländischen Grasschaften wurde eine Entschließung angenommen, die gegen die Besetzung des Ruhrgebietes Einspruch erhebt. Ein Antrag, der die Zurückziehung der britischen Truppen aus Deutschland, Kegypten und dem Irak fordert, wurde abgelehnt.

Lettlands Protest gegen die Ruhrbesetzung.

Riga, 4. Februar. (WZ.) Das Zentralfbureau der Gewerkschaften Lettlands erklärt in einer Resolution, der infolge der Ruhrbesetzung drohende Zusammenbruch des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Deutschland werde unausbleiblich eine verheerende Wirkung auf die Nachbarländer Deutschlands und die gesamte Weltlage ausüben. Daher sei es Pflicht der lettlandischen Regierung, mit Bestimmtheit die Beilegung des französisch-deutschen Konflikts durch den Völkerbund zu befehlen und für eine Revision des Versailler Friedens einzutreten.

Die Verkehrsleere im Ruhrgebiet.

Münster, 5. Februar. (WZ.) Die Verkehrsleere im Ruhrgebiet hat keine wesentlichen Veränderungen erfahren. Der gesamte Verkehr ist durch den Abwehrstreik der deutschen Beamten und durch die Uebernahme einzelner Strecken durch die französischen Eisenbahner und den Kohlenmangel weiterhin zurückgegangen. Der D-Zugverkehr wird zum Teil durch Umleitungen aufrechterhalten. Die Personenzüge sollen ab Mittwoch nach einem Rosfahrplan gefahren werden. Für den Güterverkehr ist im Eisenbahndirektionsbezirk Essen bekanntlich vorübergehend eine allgemeine Annahme- und Rückhaltisperre angenommen worden. Die Besetzungslage ist unverändert, Elberfeld ist noch nicht besetzt.

Verwüstete Gebiete.

Von Wilhelm Sollmann-Köln.

Wer französische Zeitungen liest und mit französischen Politikern sich unterhält, findet immer wieder, daß selbst bei Franzosen, die uns gerecht zu beurteilen bemüht sind, die Wunde der verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs brennt. So sehr wir diesen Schmerz begreifen und gerade wir deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschafter bemüht waren und sind, die barbarischen Zerstörungen, die Kriegsmaschinen aller Heere in Nordfrankreich angerichtet haben, wiedergutzumachen, so sehr haben wir Anlaß, die Welt immer wieder auch auf Deutschlands verwüstete Gebiete aufmerksam zu machen. Es ist doch wirklich nicht so, wie jüngst der französische Deputierte Paul Reynaud in Stuzynjstis „Deutsch-Französischer Wirtschaftskorrespondenz“ schrieb, daß der Krieg innerhalb der deutschen Grenzen „kaum eine Fensterscheibe“ gekostet habe. Das heißt den Blick nur auf Gegenstände heften zu lassen und die deutschen Menschen zu vergessen. Die Hungerblockade während des Krieges, die Balutablockade nach dem Kriege, die außenpolitischen Stöße gegen die Markwährung, das Verschleppen der Reparationsentscheidungen von einem Ultimatum und einer fruchtlosen Konferenz zur anderen, die Sanktionen, die Zollgrenzen, die breiten Grenzschüßer für Schieber im Westen, die uferlosen Forderungen für den Luxus der Befähigung und ungezählter Missionen und Kommissionen, zusammen mit allen anderen Auswirkungen des sogenannten Friedensvertrages haben in nun nahezu 8 1/2 Jahren, von der Wirtschaft ganz abgesehen, unsere Volkskraft, unser Geistesleben und unsere Moral in einem Umfange verwüstet, der sicher ein gewichtiges vollwertiges Gegenstück für Frankreichs gewiß ungeheure Kriegsoffer bietet. Natürlich hat der deutsche Kapitalismus in allen seinen Zweigen an allen diesen Verwüstungen in Deutschland ein großes Stück Mitschuld. Aber das schrankenlose Austoben kapitalistischer Raubinstinkte, wie wir es an den deutschen Börsen und Märkten erleben, ist doch in diesem Ausmaße nur möglich, weil eine Gesundung der deutschen Wirtschaft, der deutschen Währung und der deutschen Finanzen rein unmöglich ist, solange die Gegenseite mit ihren Forderungen nicht im Rahmen des wirklich Erfüllbaren bleibt. Unter „erfüllbar“ verstehen wir Sozialdemokraten auch bedeutende Eingriffe in die Vermögenssubstantz der deutschen Kapitalisten.

Wir erleben alle, wie der französisch-belgische Militarismus soeben an Ruhr und Lippe neue verwüstete deutsche Wirtschaftsgebiete schafft. Was am Ende dieses Wirtschaftskrieges sein wird, steht dahin. Sicher ist nur eins: wenn früher oder später die Kampfhandlungen an der Ruhr beendet sein werden, wird ein verwüstetes Gebiet übrig bleiben: weithin sind die geistigen Brücken zwischen Frankreich und Deutschland zerstört und trennend drauf der verheerende Strom erbitterten Hasses zwischen den beiden unglücklichen Völkern. Die französischen Besatzungsgruppen spüren den Gifthauch des Völkerhasses, wenn ihnen nun in allen rheinischen Städten trotz Drohung und Verbot Tag und Nacht das blöde und rohe Lied entgegenschallt: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen...“

Dieses Lied ist — so unglaublich das klingen mag — erst durch die französischen Besatzungsgruppen am Rhein zu einem Massengesang geworden. Von den Rheinländern sang es vor dem Kriege und während des Krieges nur selten einer, denn ehe französische Truppen ihre Herrschaft im Rheinland aufsuchten, hat es am Rhein keine Verbreitung gegen Frankreich, erst recht keinen Franzosenhass gegeben. Wie ein Zauberfang aus fernen Tagen klangen noch die in der langen Erinnerung verklärten Ueberlieferungen an des großen Napoleon Regiment über die Rheinlande in der Bevölkerung nach. Französisches Recht geht noch bis an die Wende des Jahrhunderts. Von dem Franzosenkaiser angelegte vorbildliche Landstraßen hielten das Gedemken an ihn und seine Zeit wach. Das rheinische Bürgertum hatte noch nicht vergessen, daß Frankreichs Arm die Grenzen zwischen den vielen Vaterländern am Rhein hinweggewischt und der wirtschaftlichen Entmicklung freie Bahn geschaffen hatte. Napoleons Bild hing noch immer in vielen rheinischen Bürgerstuben und in manchem ländlichen Wirtschaftszimmer. Regier wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verkehr spann viele Fäden nach Belgien und Frankreich hinüber. Alle Versuche des alten Preußen, durch Hochschulen, Beamte und Garnisonen östlichen Preußengeist auf das linke Rheinufer zu verpflanzen, scheiterten. Man verwich zwar enger und enger mit der deutschen Nation, fühlte sich aber im deutschen Staatenhaufe doch von ganz besonderer Eigenart, und noch bis in den Krieg waren die deutschen Soldaten auf dem linken Rheinufer vielfach nur „die Preußen“. Worte und Lieber des Hasses gegen Frankreich wurden auch in den erbitterten Kriegsjahren am Rheine kaum gehört.

Wie rasch hätten die deutschen Rheinlande eine Brücke der Versöhnung von den deutschen Freistaaten zur französischen Republik hinüber schlagen können, wenn nicht die

französische Befehle das Gegenteil zwar nicht gewollt aber bewirkt hätte. Nicht als ob die französischen Truppen schlechteren Willens gewesen wären als andere in und nach dem Weltkrieg, aber sie erfuhren, was alle Heerführer und Politiker endlich hätten lernen können: jede Befehlsgruppe muß sich in jedem ökonomisch fortgeschrittenen, von demokratischem Leben erfüllten Volke verhasst machen, wenn sie als siegreiches Militär sich gebärde und, was noch stärker wirkt, mit politisch-imperialistischen Zielen auftritt. Wir erleben im Rheinlande seit vier Jahren an uns allen, wie wahr das Wort Kautskys ist, daß jeder demokratische Nationalstaat dem fremden Erobererwillen „den energischsten, dauernd kaum überwindbaren Widerstand“ entgegensetzt.

Jeder Imperialismus, jeder Militarismus bleibt, so klug er sich zu maskieren strebt, täppisch brutal. Frankreichs Paraden im Rheinlande der Marcellaise unter dem Rauschen der Tricolore, Frankreichs lockende Gefänge vom gallischen „Genius des Rheins“, Frankreichs mit Frankan gefüllte Apostel der „friedlichen Durchdringung“ sind im Grunde so ungeschickt wie der mauschelnde Ludendorff in Polen, wie der „flammenbegeisterte“ Preußengeneral Bissing in Belgien und andere „Befreier“ dieser Art. Ihr politischer Unkrautsame schießt als Haß und Rache ins Kraut.

Bars nicht genug, daß die französische Befehlsgruppe in vier Jahren verwest hat, den Umständen nach verwesten mußte, was in einem Jahrhundert an Brücken zwischen den beiden Kulturvölkern geschlagen war? Nun hat Ruhrbefehlsgruppe das unheilvolle Werk vollendet. Unter den breiten Rädern der Tanks ist beinahe alles zermalmte, was trotz allem an Keimen der Verständigung zu spritzen begann. Wenn die regierenden Herren in Paris die Welt von verwesteten Gebieten unterhalten, mögen sie eines nicht vergessen, auf das wir rheinischen, wir deutschen Sozialdemokraten mit besonderer Trauer blicken: die von drüben und hüben unter Wogen verblendeten Hasses einstweilen begrabenen Saaten einer deutsch-französischen Verständigung am Rhein.

### Wann kommen Taten?

Die Sprunghafte Teuerung, die jetzt auf allen Gebieten des Warenmarktes auftritt und deren letzte Ursache die neue durch die Befehlsgruppe der Ruhr herbeigeführte Katastrophe der Ruhr ist, macht Abwehrmaßnahmen der Regierung unbedingt erforderlich. Statt dessen hört man lediglich, daß eine Reihe kleiner Maßnahmen geplant ist, so die Einschränkung des Unfugs im Handel mit Edelmetallen, das Vorgehen gegen den übermäßigen Verbrauch von Lebensmitteln in Luxusgaststätten — von einem ernsthaften Versuch aber, den Keimen der Teuerung entgegenzuwirken, ist wenig zu vernehmen. Nachdem der frühere Reichswirtschaftsminister, Genosse Robert Schmidt, im Reichstag am letzten Freitag auf die enormen Auswüchse der Devisenspekulation hingewiesen hat, verstand sich der Reichsinnenminister Dr. Defer dazu, weitere Maßnahmen anzukündigen. Kaum war das jedoch geschehen, so hallte die gesamte Presse wider von Dementis der verschiedensten Art. Wenn es auch den Anschein hat, daß nach wie vor die Herausgabe von wertbeständigen Anleihen wohlwollend erwogen wird, so gehen die Beratungen dennoch mit einer Langsamkeit vor sich, gegen die die übliche Schnelligkeit des heiligen Bürokratismus geradezu ein Elzugstempo ist. Auch in der Frage der Wucherbekämpfung wird mehr er wagen als gehandelt. Angesichts dieser Umstände ist es dringend geboten, darauf hinzuweisen, daß der Abwehrkampf gegen die Ruhrinflation nur möglich ist, wenn das ganze Volk in die Lage vertritt wird, ihn zu bestehen. Gegenwärtig aber entwickeln sich die Verhältnisse zu einem glänzenden Geschäft für die Börsianer, während die Verbraucher in ungeheuren Preisen bei nur langsam folgenden Löhnen die Kosten dieses Wirtschaftskrieges tragen. Die Regierung muß schleunigst zu Entschlüssen kommen, die den Sturm am Devisenmarkt und

die ungeheure Preiswelle einzudämmen geeignet sind. Sie macht sich sonst mitschuldig an der Lähmung der Abwehrkraft unserer Arbeiterschaft!

### Beschleunigung der Steuererhebung?

Eine der dringendsten Forderungen einer vernünftigen Finanzpolitik ist die beschleunigte Einziehung der Steuer. Der Gesehentwurf über die Berücksichtigung der Geldentwertung in den Steuererhebungen sollte durch die Einführung von Verzugszinsen den Steuerertrag beschleunigen. In der Praxis aber merkt man von diesen löblichen Absichten des Finanzministeriums einstweilen nichts. Im Gegenteil! Die Steuererklärungen, die früher abgegeben wurden in der Zeit vom 15. Januar bis Mitte Februar, sollen in diesem Jahre im Monat Februar abgegeben werden. Für die Beendigung der Veranlagung ist der Termin vom 31. März auf den 15. Mai hinausgeschoben worden!

Aber auch diese Termine scheinen auf dem Papier stehen zu sollen. Nach einer Mitteilung der „Frankf. Ztg.“ sind die Finanzämter angewiesen worden, vorläufig keine Bordrücke für die im Februar vorgeschriebene Vermögens- und Einkommensteuererklärung auszugeben, weil das bald zu erwartende Gesetz über die Berücksichtigung der Geldentwertung in der Steuererhebung in der Abgabe der Steuererklärung berücksichtigt werden soll. Der Zeitpunkt der Herausgabe der Bordrücke werde noch bekanntgegeben. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß als Folge dieser Maßnahme eine Verlängerung der Frist für die Abgabe der Steuererklärung eintreten wird, wenn auch bei den Finanzämtern bisher darüber noch keine Besungen vorliegen.

Wir verlangen vom Reichsfinanzministerium, daß es sich zu dieser Mitteilung, die durch eine Bekanntmachung der Frankfurter Finanzämter bestätigt wird, sofort äußert. Wenn die Hinausschiebung der Termine die erste Wirkung des neuen Gesehentwurfs sein soll, so wird wiederum eine abschüssige Bahn betreten, auf der es ein Halten nicht mehr gibt. Denn da die Beratung des Gesehentwurfs im Reichstag überhaupt noch nicht begonnen hat, ist bei dem Widerstand, den das Bürgerium jetzt diesem Gesehentwurf bereitet, kaum damit zu rechnen, daß er in absehbarer Zeit verabschiedet wird. Es geht deshalb nicht an, daß unter dem Vorwand der Berücksichtigung des neuen Gesehentwurfs die Veranlagung für die Einkommensteuerpflichtigen und die Vermögenssteuer auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben wird.

### Zur Klarstellung.

Verschiedene Anfragen aus unserer Leserkreise veranlassen uns zu folgender Feststellung:

Die Redaktion des „Vorwärts“ trägt keinerlei Verantwortung weder für den Inhalt, noch für den Stil, noch für den Ton solcher Meldungen und Telegramme, die von Agenturen verbreitet und die als solche in unserem Blatte mit den bekannten Buchstaben (W.B., U., G., C., E. u. s. w.) ausdrücklich gekennzeichnet werden. Auch die Tatsache, daß die Redaktion ein Agenturtelegramm kommentarlos wiedergibt, bedeutet keineswegs, daß sie sich damit identifiziere. In Fällen, wo es ihr politisch wichtig und technisch möglich erscheint, erfolgt eine kritische Stellungnahme, sei es durch redaktionelle Bemerkungen im Text selber, sei es durch beigefügte Kommentare.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß uns der Ton und die Tendenz mancher Meldung von W.B. und dgl., die sich auf die Ereignisse im Ruhrgebiet beziehen, oft bedenklich erscheint. Es ist aber weder technisch durchführbar, noch politisch und journalistisch ratsam, dies jedesmal zum Ausdruck zu bringen. Volle Verantwortung trägt die „Vorwärts“-Redaktion nur für eigene Drahtberichte, eigene Kommentare und eigene Artikel, soweit diese nicht gekennzeichnet sind oder ein ausdrücklicher Vorbehalt geltend gemacht wird.

### Uebersichten in Niederschlesien.

Es wird uns mitgeteilt: Die Bezirkskonferenz des Bergarbeiterverbandes für das niederschlesische Steinkohlengebiet hat mit großer Mehrheit beschloffen, zur Abwehr der Folgen der widerrechtlichen Befehlsgruppe des Ruhrbezirks des Verahren von Uebersichten sofort aufzutreten. Die Verahrensleute waren der Ueberzeugung, daß alle feindlichen Versuche, das deutsche Wirtschaftsleben durch Entziehung der Ruhrkohle zu schädigen und den deutschen Widerstand zu brechen, bei den Bergleuten der unbesetzten Bergbauggebiete nur verstärkten Opfersinn auslösen können.

### Erfüllte Zusage.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern. München, 5. Februar. (U.) Amlich wird gemeldet: Vom Gesamtministerium des Freistaates Bayern wird verordnet, daß die am 26. Januar getroffenen einstweiligen Maßnahmen zum Schutze der Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung wieder aufgehoben werden und mit dem 6. Februar außer Kraft treten.

### Rüstungen der Hitler-Sturmtruppen.

München, 5. Februar. (U.) Die „Münchener Post“ macht heute eingehende Mitteilung, daß der nationalsozialistische Sturmtruppführer Lieke an die Kasse der nationalsozialistischen Arbeiterpartei sehr große Geldbeträge abführt, die Hitler-Armee mit sehr großen Mengen von Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenständen versorgt und in den Reichswehrkasernen unter Aufwand kolossaler Geldbeträge verläßt, mit Leuten in Verbindung zu kommen, die über Waffen Bescheid wissen.

### Hitler dementiert.

Hitler ersucht die Telegraphen-Union um Verbreitung folgender Erklärung:

Seit einigen Tagen verbreiten Berliner und Münchener Zeitungen eine „Anfrage“, ob es wahr sei, daß die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei durch französische Gelder unterstützt werde. Ich erkläre hiermit, daß dies in keiner Weise den Tatsachen entspricht und bezeichne jede dahingehende Behauptung als eine niedrige Verleumdung.

### Ludendorffs Triumphfahrt.

Wien, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern kam es in Klagenfurt zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Hakenkreuzlern, wobei die Hakenkreuzler mit Revolvern gegen die Arbeiter losgingen, allerdings ohne zu schießen. Es wurden am Sonnabend und gestern acht Arbeiter in Klagenfurt verhaftet. Ludendorff ist heute von Klagenfurt nach Wien gefahren. Bei der Fahrt ist es auch in Bruck a. d. Mur und in Rabenburg in der Steiermark zu stürmischen Demonstrationen der Arbeiter gegen Ludendorff gekommen, wobei die Arbeiter riefen: „Wo ist der Mordmörder, der Deutschland ins Unglück gestürzt hat!“ Es gelang aber den Ordnern, die Abfahrt des Zuges schließlich auf beiden Stationen durchzusetzen. In Rabenburg drangen trotzdem die Arbeiter in den Zug ein und durchsuchten ihn, ohne freilich Ludendorff zu finden, der sich offenbar in einem Kiolett versteckt hatte. In Wien-Reustadt waren die Arbeiter ebenfalls sehr erregt, es gelang jedoch, sie vom Einbringen in den Bahnhof abzuhalten. Heute in später Nacht kommt Ludendorff in Wien an. Auch hier sind die Ordner in Bereitschaft, um Ausschreitungen entgegenzuwirken.

Die Generale Ludendorff und v. Zeuhl haben gegen den Genossen Hermann Wendel einen Beleidigungsprozeß angezettelt. Gegenstand der Anklage bildet ein Artikel in der „Blode“ vom 8. Januar, der von den Verwicklungen in Nordfrankreich handelt.

Der „Döllische Beobachter“ ist wegen eines Artikels „Parlamentarischer Sumpf“ auf die Dauer von vier Wochen verboten worden.

### Rückwärtliche Hochschulpolitik.

Die unmittelbaren Bedürfnisse der deutschen Weltwirtschaft und Weltpolitik schufen im Jahre 1887 das „Seminar für Orientalische Sprachen“. Dieses Hochschulinstitut stellte sich von Anfang an ganz andere Aufgaben und umfaßte in seiner Wirksamkeit ganz andere Kreise als die deutschen Universitäten. Es widmete sich nicht dem gewöhnlichen historisch-philologischen Sprachbetrieb der Universitäten, sondern förderte mit dem intensiven praktischen Gebrauche der modernen Sprachen zugleich eine gründliche Kenntnis der wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Einrichtungen der an der Weltwirtschaft und Weltpolitik beteiligten Völker. Das Seminar für Orientalische Sprachen öffnete seine Pforten nicht nur Philologen, sondern den Männern der modernen Verwaltung und des internationalen wirtschaftlichen Lebens. Die allzeit profitorientierten Engländer gingen bei uns in die Schule und errichteten 1906 eine die gleichen Ziele wie das Orientalische Seminar verfolgende Hochschule, weil sie erkannten, daß die Universitäten mit ihrem sich in den alten historisch-philologischen Geleisen bewegenden Sprachbetrieb nicht Pflegestätten von Studien sein könnten, die nicht Sprachlehre (Philologen), sondern Männer des Welthandels, der Weltindustrie, der Weltarbeit und des internationalen Verwaltungsdienstes aus- und fortzubilden hätten.

Bei der rapiden Entwicklung der deutschen Weltwirtschaft setzten sich automatisch Bestrebungen ein, das „Seminar für Orientalische Sprachen“ zu einer Auslandshochschule auszubauen. In diesem Sinne bewegten sich ein Beschluß des Reichstages vom Jahre 1913 und Beschlüsse des Preussischen Landtages. Ausschlaggebend war dabei der Gedanke, daß man den Bedürfnissen der internationalen deutschen Wirtschaft und des deutschen Auslandsdienstes genügen müsse.

Jetzt scheint Herr Becker, der tatsächliche Leiter des preussischen Hochschulwesens, alles das, was im Orientalischen Seminar historisch geworden ist und durch Reichstags- und Landtagsbeschlüsse bereits staatliche Form und Gestalt angenommen wurde, auf dem Herordnungswege in ganz andere Bahnen lenken zu wollen. Er will dem Seminar sein eigenartiges selbständiges Leben nehmen und dieses dem modernen wissenschaftlichen Verkehr dienende Institut dem reichlich versorgten und bringend reformbedürftigen Betriebe der Universitäten eingliedern. Herr Becker kann eine Angelegenheit, die grundsätzlich nur durch den Deutschen Reichstag und Preussischen Landtag gelöst werden kann, nicht durch obrigkeitliche Erlasse regeln!

Deutschland wird in der Zukunft in eine ganz neue eigenartige Entwicklung der Weltökonomie und Weltpolitik verwickelt werden. Deutsche Verwaltungsmänner, deutsche Industrielle, deutsche Kaufleute und deutsche Arbeiter werden sich gründlich in der praktischen Handhabung ausländischer Sprachen schulen und in das Studium der internationalen ökonomischen und politischen

Institutionen vertiefen müssen, wenn Deutschland den Sturmschritt der kommenden rapiden wirtschaftlichen Entwicklung einhalten will. Wir brauchen eine allen Kreisen zugängliche Auslandshochschule; und zu dieser gelangen wir durch die vom Deutschen Reichstag und Preussischen Landtag bereits ins Auge gefaßte Ausgestaltung des Orientalischen Seminars!

Herr Becker läßt in der „Deutschen Allg. Ztg.“ bereits mitteilen, daß „zur Beunruhigung keinerlei Anlaß vorliegt“. Es wird ein Reformplan erwogen, der den Parlamenten in Form einer Denkschrift vorgelegt werden soll. Mögen unsere Vertreter dafür sorgen, daß das demährte Institut nicht ein Versuchsobjekt Beckerischer Hochschulreform werde.

### Verleger Seiner Majestät!

Von Hans Bauer.

In der „Deutschen Zeitung“ steht sie nunmehr zu lesen: die Entstehungsgeschichte des Kaiserbuches. Da sie über einem halbseitigen Ansatze des Verlages R. F. Koehler steht, dürfte sie sogar einigermaßen offiziell sein.

Borecht! Pardon: Kaiserbuch. Ich mußte mich erst Momente lang bedenken, daß es sich um eben jene „Ereignisse und Gestalten“ handeln möchte, die wie alle mit einiger Spannung erwarteten und deren Lektüre wir schließlich alle nach einigen Fortsetzungen lauflaus einstellen, da die Einsicht, daß die Bodenständigkeit allenfalls die Eigenschaft eines Einbandes eines Buches sein darf, an die Parteilichkeit nicht gebunden ist.

Wir erfahren es also nunmehr: Drei große Papierfabriken teilten sich in die Herstellung der 2196 Kilometer Papier, die für die Auflage geschaffen werden mußten. 7454 Quadratmeter weißer und blauer Leinwand waren für die Einbände nötig. 24 vollbesetzte Möbelwagen rumpelten die Buchpakete zur Post. Den zehn größten Buchbindereien wurden die Falzarbeiten übertragen. Ein Mann wurde allein mit dem Aufstapeln der Bücher beschäftigt. Sechs Millionen Bogen Papier, mußten zu über 300 000 Stück Bücher zusammengetragen werden. Wir erfahren weiter, daß Professor Niemann den Einband in Schwarz-Weiß-Rot hielt. „Das verstand sich von selbst.“ Und wir erfahren, daß am 1. Oktober der verbindliche Preis festgesetzt wurde, und daß die Beendigung des Ausschreibens der Rechnungen das Signal für den Beginn der Packarbeiten war.

Ueber dieser schönen Uebersicht des Handwerksmäßigen hinaus gewährt der Verlag dem begehrlichen Leser auch Einblick in Geistesleben: Mit Stolz kann das Haus R. F. Koehler auf ein mehr als hundertjähriges Bestehen zurückblicken, aber der größte Ehrentag war der 27. Oktober 1922. Die Uebernahme des Kaiserbuches war die folgerichtig zu erwartende Krönung der Tätigkeit des Verlages.

Ein Verlag ist keine Wohlfahrtsanstalt. Aber ein Geschäftsunternehmen, dem eine literarische Richtung wie das Kaiserbuch eine Tätigkeitsrichtung bedeutet, ist auch kein ernsthafter Verlag. Es gibt ein paar Verleger, die nach Seele fahnden, Talent aufspüren. Sie schwimmen meist nicht in Geld. Es braucht nicht 7400

Kindern je ein Quadratmeter Hemdentuch entzogen zu werden, daß die Auflage der Dichter ihrer Wahl gebunden werden kann. Koehler hat es da gut. Bei ihm flutet. Koehler verlegt General v. Brisinger, General v. Francois, General v. Stein, Großadmiral Tirpitz. Koehler verlegt Seine Majestät. Zu solcher Verlegerfähigkeit braucht es kein Einfühlen in fremde Herzen, braucht es kein Risiko. Seine Majestät und die Generale gleichen. Bitte: Nicht ihre Werke ziehen, sondern die Herren. Bitte: Nicht deren nichtige Namen, sondern deren Titel.

Unglückliche deutsche Dichter, deren Fähigkeit, schreiben zu können, sich leider gegen die Unfähigkeit kompensiert, ein Volk ins Unglück zu stürzen. Daß auch Koehler auf ewig verschloffen bleibt, das wäre nicht schlimm. Was liegt an Koehler. Aber seine Papierkilometer und Leinwandquadratmeter brechen einem das Herz.

Vortragsabend Erich Drach. Einen Einblick in die „Arbeiterseele“ zu vermitteln, war der Zweck eines Vortragsabends, den Dr. Erich Drach von der Universität Berlin am Sonntag im gutbesetzten Reissersaal veranstaltete. Die Zuhörerzahl rekrutierte sich aus den verschiedensten Gesellschaftsklassen, die Zahl der offenbar aus dem Arbeiterstand stammenden Anwesenden, ferner die vielen halben und ganzen Wanderrögel und das Abzeichen unserer „Arbeiterjugend“ bewiesen, daß Dr. Drach bereits in proletarischen Kreisen die Anerkennung findet, die er verdient. Die Auswahl und Reihenfolge der Stücke war geschickt und wirkungsvoll. Es kamen lauter eifrigste Gedächtnisreden unserer bekanntesten Arbeiterkrieger zum Vortrag: Gott Engelke, Max Barthelemy, Alfons Behold, Bruno Schönlan, Karl Bröger und Heinrich Versch Spiegel die Empfindungen und Sehnsüchte des Proletariats in der Fabrik, im Freien, im Kriege und im ewigen Kampfe um ein höheres und besseres Dasein wider. Dr. Drach zeigte sich seiner schwierigen Aufgabe durchaus gewachsen, und der laute Beifall, der ihm zuteil wurde, bewies, daß er die Zuhörer durch seine Kunst gefesselt hatte. Indessen könnten für künftige Abende dieser Art zwei Bemerkungen Berücksichtigung finden: Zunächst sollte der Vortragende, wenn er Arbeiterdichter bekannt machen will, mit der Tradition des Proletariats, der weißen Binde und der Raststiefel brechen. Diese Taktik zerstört einen Teil der Illusion und daher auch der Wirkung. Besonders ist es nicht zu empfehlen, den Schluß eines Gedichtes und den Uebergang zu einem neuen Stück stets nur mit einem mehr oder minder ausgedehnten Schließen der Augen anzudeuten. Auf die Dauer wirkt das etwas monoton. Aber das sind nur Schönheitsfehler, deren Erwähnung das Verdienst des Vortragenden in keiner Weise herabsetzen soll. —ff.

Der drahtlose Wochentausch. Drahtlose Telegraphie und Telephonie haben sich in jüngster Zeit eine immer wichtigere Stellung im modernen Leben erworben. Nun stand aber der Möglichkeit, daß sich jeder Male diese Erfindungen wie des gewöhnlichen Telefons bedienen kann, der Umstand entgegen, daß die drahtlos ausgehenden Zeichen sich für den Beobachter, der kein Telefon am Ohr hat, in keiner Weise bemerkbar machen. Diesem Uebelstand wird nun durch eine Erfindung der Berliner Hoch-Funkgesellschaft für Funktelegraphie abgeholfen, über die Wilhelm Kottgardt in der „Umschau“ berichtet. Bisher war unbedingt erforderlich, daß die drahtlose Empfangsstation ununterbrochen Tag und Nacht mit einem

# Die Eröffnung des Westfälischen Provinziallandtages.

## Eine Rede des Preussischen Ministerpräsidenten.

Auf dem westfälischen Provinziallandtag, der gestern nachmittag in Münster begann, hielt Ministerpräsident Genosse Braun folgende Eröffnungsgedächte:

„Die schicksalsschweren Ereignisse der letzten Wochen haben bei Ihnen, den berufenen Vertretern der durch einen brutalen Gewaltakt (gegründeter französischer Gewalttätigkeit) schwer heimgeführten Provinz Westfalen den begreiflichen Wunsch rege werden lassen, zu einer Tagung des Provinziallandtages zusammenzutreten.

Zu gleicher Stunde treten in Varnen die Vertreter der Ihnen jetzt in innigerer Schicksalsgemeinschaft denn je verbundenen Rheinprovinz zu ihrem Provinziallandtag zusammen, der von dem Herrn Minister des Innern eröffnet wird, und den die gleichen Fragen beschäftigen werden, die auch Sie auf das tiefste bewegen.

Sie sind in einer Zeit zusammengetreten, die für das Schicksal unseres Landes entscheidend werden kann. Wir müssen uns des ganzen Ernstes unserer Lage

voll bewusst werden, wenn wir hinreichend gewappnet sein wollen für das, was uns noch bevorsteht. Das Damoklesschwert der Besetzung des Ruhrgebietes hat lange über uns gehangen. Die Besetzung hat sich wie Weltau auf das Wirtschaftsleben dieses hochentwickelten deutschen Industriezentrums gelegt.

Die angeblichen Verletzungen Deutschlands bei der Lieferung von Kohle und Holz, die jetzt von den Gewaltshabern Frankreichs als Rechttitel für ihren Einbruch in friedliches Land benutzt werden, sind nichts als elende Vorwände. Ganz abgesehen davon, daß es Poincaré ein Verbrechen ist, mit einem unerfüllbaren Vertrag in der Hand seinem Gegenüberleben jeden Tag ein halbes Duzend Verletzungen in der Erfüllung unerfüllbarer Forderungen nachzuweisen, würde ihn auch dieser Nachweis nicht berechtigen zu dem brutalen kriegerischen Vorgehen, das er beliebt hat. Es ist eine Irreführung schlimmster Art, wenn Poincaré und seine Beauftragten im Ruhrgebiet die Welt glauben machen wollen, sie wollten nur die Rückführung der Holz- und Kohlenmengen sicherstellen, mit der Deutschland in Verzug geraten sei. Dazu wären andere Wege gangbarer und erfolgversprechender gewesen. Wenn Frankreich nur dieses Ziel im Auge hätte, dann würde es nicht die von der deutschen Regierung in Forderung der Rathenau-Wirtschaftlichen Erfüllungspolitik gemachten Vorschläge und vor allem die angeregten Verhandlungen brüskt ablehnen und auch die bereits über die deutsche Leistungsfähigkeit hinzugehenden englischen Vorschläge rücksichtslos beiseite geschoben haben.

Angefaßt dieses Verhaltens der derzeitigen Regierung Frankreichs muß es der ganzen Welt klar werden, daß es sich für sie nicht so sehr um eine Steigerung der Reparationsleistungen als vielmehr um die

Jorkfassung jener imperialistischen Rheinlandpolitik handelt, die darauf gerichtet ist, die Rheinlande mit ihrer ferndeutschen Bevölkerung von Deutschland loszureißen und unter französische Botmäßigkeit zu bringen.

Frankreich hat dank der entscheidenden Hilfe Englands und Amerikas die militärische und politische Hegemonie auf dem europäischen Festland erlangt; es strebt nunmehr auch die wirtschaftliche an. Und weil es dazu die Beherrschung des Ruhrgebietes, vor allem für ihre kriegswirtschaftliche Ernte die Ruhrkohle braucht, deshalb wird der arbeitssamen und friedlichen Bevölkerung Westfalens das gleiche Los bereitet, das die Rheinländer nun bereits vier Jahre zu tragen haben.

Mit großer Heeresmacht ist Frankreich unter Bruch des Völkerrechts in das Ruhrgebiet eingedrungen und hat an die Stelle der Gerechtigkeit die Willkür, an die Stelle des Rechts die militärische Gewalt gesetzt. Ihre zerstörende Kraft wird die Gewaltpolitik des Militarismus durch mehr oder minder tiefgreifende Störungen unseres Wirtschaftslebens und die infolge davon zweifellos weitergehend geförderte

Zerrüttung der Gesamtwirtschaft Europas auswirken. Was aber dieser Gewaltpolitik nicht gelingen wird und nicht gelingen kann, das ist: positive wirtschaftliche Ergebnisse von irgendwelcher Erheblichkeit zu erzielen. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, man könne durch Zwang und Gewalt lebendige wirtschaftliche Kräfte eines Landes einem anderen Lande nutzbar machen. Es ist ein verdrehter Irrsinn, die schaffenden Stände eines Volkes zu Frondiensten für ein anderes Volk pressen zu wollen. Der starke Arm des arbeit-

Beamten besetzt war, der mit dem Telephon am Ohr aufpassen mußte, ob seine Station verlangt werde. Der beliebige Anruf nach Wähl, wie er beim drahtlosen Telephon möglich ist, schloß, und so war der drahtlose Verkehr zwischen Privatleuten untereinander außerordentlich erschwert. Besonders unangenehm machte sich der Mangel beim Funkdienst und auf hoher See geltend. Der drahtlose Verkehr ist ja für die Sicherheit der Schiffe von höchster Wichtigkeit. Durch die neue Lösung des Problems ist es möglich, von dem in Not befindlichen Fahrzeug aus ein Signal abzugeben, das von der gesamten Flottenleitung des angrenzenden Schiffs aufgenommen wird. Für die Drahtwellen-Telephonie ist es ferner von großem Vorteil, wenn man nicht nur auf Spezialleitungen telephonieren kann, sondern auf allen Drahtleitungen, so auf den Hochspannungsleitungen der Ueberlandzentralen. Die von einer Drahtlosstation ausgehenden elektrischen Wellen folgen nun mit Vorliebe bereits vorhandenen Leitungen, und man hatte bald Apparate hergestellt, um die ausgehenden Wellen zu zwingen, den Hochspannungsleitungen zu folgen und sie am anderen Ende der Hochspannungsleitungen wieder in Sprache umzuformen. Aber auch hier ergab sich die Schwierigkeit, daß man den Empfangenden nicht durch ein akustisches Zeichen von dem Eintreffen elektromagnetischer Wellen in Kenntnis setzen konnte. Alle diese Probleme sind jetzt gelöst. Der neue Wählapparat besteht aus einem Rufgeber und einem Rufnehmer. Als Kriterium für die Wahl werden verschiedene lange Aufzeichen benutzt, und mit Hilfe dieses Apparates ist es möglich, eine Reihe von Stationen auf der gleichen Welle gleichzeitig anzuschließen und andererseits aus einer Reihe von Stationen eine bestimmte auszuwählen und nur auf dieser das Klingelzeichen zu geben. Mit diesem „drahtlosen Wählapparat“ ist der letzte Schritt in der Entwicklung der drahtlosen Telephonie getan, um sie für die Allgemeinheit brauchbar zu machen.

Die Gefährdung der amerikanischen Baumwollenernte. Der gefährlichste Schädling der amerikanischen Baumwollenernte, der Baumwollrüsselkäfer, hat im Laufe der Zeit sich über nicht weniger als 97 Proz. des gesamten Anbaugesbietes der Union verbreitet. Trotz beharrlicher Bemühungen von Regierungs- und privater Seite und trotz der Anwendung großer Mittel zur Bekämpfung dieser Plage sind in den beiden letzten Erntezahlen die Verheerungen schlimmer gewesen als je in den dreißig Jahren, seitdem dies Insekt in den Vereinigten Staaten zuerst beobachtet worden ist. Die Aussichten für die neue Saison sind daher denkbar ungünstig, und eine normale Ernte für 1923 erscheint nach menschlichem Ermessen ziemlich ausgeschlossen. Wenn der Schädling nicht wirksamer bekämpft werden kann, so droht dem Baumwollanbau in den Vereinigten Staaten ein ähnliches Schicksal wie dem in Süd- und Mittelamerika, wo der Rüsselkäfer die vor zwei- bis dreihundert Jahren sehr bedeutenden Baumwollplantagen allmählich nahezu ganz vernichtet hat.

Der Landeshauptmann Oscar Ritterhoff starb in Hamburg im 81. Lebensjahre. Er war ein Schüler Galanes in Genf und Gründungsmitglied in Düsseldorf. Seinen Ruf begründete er durch seine italienischen Landeskarten.

Der japanische Marschall Kuroki ist gestorben. Er war der Gegner und Besieger des russischen Oberbefehlshabers im russisch-japanischen Krieg, Kuroki. Berlin setzte ihn damals mit den Worten: „Rückwärts!“

den Volkes läßt sich in unserer Zeit jedenfalls nicht mehr durch die veralteten Mittel militärischer Gewalt meistern.

Freilich, Herr Poincaré versucht noch immer die Welt glauben zu machen, es handle sich um eine friedliche Aktion. Rein, es handelt sich um einen brutalen militärischen Gewaltakt, dem das deutsche Volk, will es nicht zugrunde gehen, einen einmütigen Widerstand entgegenzusetzen muß.

Die preussische Staatsregierung steht mit den Regierungen der übrigen deutschen Länder an der Seite der Reichsregierung in der Abwehr der unerhörten Rechts- und Vertragsbrüche. Sie wird auch alles einsehen, um den zunächst betroffenen Provinzen und ihren schwer bedrängten Bewohnern nach Kräften in ihrem mit seltener Einmütigkeit geführten Abwehrkampf beizustehen. Der Kampf, den Sie hier auf der roten westfälischen Erde werden zu führen haben, wird ein schwerer, vielleicht auch ein langer und opferreicher sein. Er kann nur mit Erfolg geführt werden, wenn die Einmütigkeit im Fühlen und Handeln erhalten bleibt, nicht durch kommunistische und nationalistische Exaltationen und Ausschreitungen oder gar durch wirtschaftliche Brandstiftungen der schwer um ihre Existenz ringenden Volksgemeinschaft gestört wird. An der Geschlossenheit der großen deutschen Volksgemeinschaft und dem festen jählichen Willen zum Widerstande, der sie befeuert, müssen und werden die verbrecherischen Pläne des gewalttätigen Imperialismus scheitern.“

## Poincarés Geschichtsklitterung.

Paris, 5. Februar. (W.B.) Auf dem Bankett der Vereinigung der republikanischen Journalisten hat gestern Abend Ministerpräsident Poincaré eine politische Rede gehalten. Er sagte: Nicht freudigen Herzens sind wir gegen Deutschland zu einer Salutt des Zwanges geschritten. Seit mehreren Jahren hatten wir Geduld, aber unsere Geduld hat uns

nur ironische und dialektische Antworten eingetragen. Die Reparationskommission hat nach den Bestimmungen des Vertrages eine ganze Reihe von beabsichtigten Verletzungen festgelegt. Wir hatten also das unbestreitbare Recht, auf Grund der §§ 17 und 18 Anhang II des Vertrages Sanktionen zu nehmen. Nach den ersten Verletzungen haben wir französische, belgische und italienische Ingenieure und französische und belgische Truppen nach der Ruhr geschickt.

Der erste Kontakt mit den Industriellen und den Ingenieuren und Arbeitern war befriedigend. Unsere Mission fand fast überall Beifall, die geneigt waren, ihr entgegenzukommen, aber sofort griff die deutsche Regierung ein.

Ein vollkommener Frontwechsel trat ein.

Unter Leitung der Beamten wurde überall der Widerstand organisiert. Das Reich weigerte sich, den Industriellen die zur Reparation bestimmten Kohlen zu bezahlen; es unterlagte sogar die Reparationskommission die Verletzung Deutschlands bezüglich aller seiner Verpflichtungen festgelegt und das Moratoriumsverlangen zurückgewiesen. Die Berliner Regierung versucht nunmehr einen Generalstreik zu organisieren, der aber mißlingt. Er wird ersetzt durch lärmende Kundgebungen, die bestimmt sind, uns zu einermüden, zu provozieren und, wenn möglich, zum Blutvergießen zu bringen. Auf diese Provokation folgt eine neue Etappe des Vorgehens. Man greift zum flackernden Streik, zu Teilstreiks, zur Sabotage. Man sucht den Franzosen und Belgiern den Aufenthalt unmöglich zu machen, man desorganisiert die öffentlichen Dienste, um uns so zu zwingen, die Verantwortung für diese Desorganisation zu tragen. Die französische Mission ist isoliert und blockiert. Man verweigert uns jede Auskunft und Unterredung. Die Postbeamten und Telegraphenbeamten unterbrechen die Verbindungen, die Eisenbahnbeamten halten den Verkehr auf und verschieben sich nur zu Kohlenlieferungen für das nicht besetzte Gebiet. Zu gleicher Zeit legt das Deutsche Reich die internationalisierte Kontrollkommission lahm und zieht seine Vertreter aus dem Schiedsgericht zurück, unterbricht die Restituten, unterlagt die Auszahlung der Gelder der in Deutschland verstorbenen französischen Kriegsgefangenen, mit einem Wort: bämmtlich, auf gegen die Vertragsklauseln und verlegt systematisch alle Verpflichtungen.

Wer könnte sich über den tiefsten Sinn dieses Verfahrens täuschen? Deutschland ist in Wirklichkeit nur durch unseren Einmarsch in das Ruhrgebiet dazu geführt worden, uns heute zu zeigen, was es gern noch einige Jahre verdrögen gehalten hätte. Es ist gezwungen worden, sein Ziel aufzugeben. Bis jetzt haben seine Regierungen den Friedensvertrag nicht aufrichtig ausführen wollen. Niemand haben sie die Reparationen bezahlen wollen. Sie haben

nur einen Gedanken gehabt, uns zu täuschen, uns zu zermürben. Heute ist Frankreich aufgestand und allmählich sieht auch die Welt klar. Wir wollen nur zwei Dinge:

Für unsere Ruinen entschädigt und nicht mehr angegriffen werden.

Im Ruhrgebiet wie am Rhein suchen wir nicht mehr, und was wir suchen, werden wir erhalten.

Die Operationen gehen jetzt ohne Schwierigkeiten vor sich. Man mußte die Wege, die Eisenbahnen und die Kanäle überwinden. Das alles erforderte Vorsichtsmassregeln, Menschen und Zeit. Morgen werden wir, wenn es nötig ist

wieder Ergänzungsmaßnahmen ergreifen und nach diesen noch andere. Wir werden nicht nachgeben, aber an dem Tage, an dem Deutschland endlich die Augen öffnet und bereit sein wird

uns lokale Vorschläge zu machen werden wir uns nicht weigern, sie zu prüfen. Wir werden sie jedoch prüfen, ohne uns Bedingungen aufzwingen zu lassen und

ohne irgendwelche Verpflichtungen, daß wir die Pfänder auf-

geben, die wir gezwungen sind, zu nehmen. Versprechungen hat man uns genug gemacht, wir verlangen Restituten und nicht nur Klischees, sondern dauernde. Der Wiederaufbau unserer verwüsteten Gebiete steht auf dem Spiel, ja, die Zukunft Frankreichs, der Friede Europas, und für diesen Frieden verlangen wir nicht einen Quadratzentimeter deutschen Gebiets. Wir suchen in diesem Frieden nur unsere Rettung und unsere Sicherheit.

## Notenkrieg.

Wie die Telegraphen-Union meldet, hat der deutsche Gesandte in Paris im Auftrag der Reichsregierung eine Note überreicht, in der eine Reihe von Eigentumsvergehen und Veränderungen, begangen durch französische Soldaten im Ruhrgebiet, im einzelnen angegeben werden. Es wird Bestrafung der Täter und Ersatz des Schadens gefordert.

Das französische Ministerium des Auswärtigen hat dem deutschen Gesandten die Note vom 31. Januar zurückgeschickt. Es handelt sich hierbei um das Schreiben der Reichsregierung, in dem Deutschland nachweist, daß die von der Reparationskommission festgestellten, angeblichen Vertragsverletzungen nicht stattgefunden haben. Die Zurückweisung der deutschen Note wird von den Franzosen damit begründet, sie könnten keinen Brief annehmen, der zwischen den Zeilen oder ausgesprochen irgendeine Kritik an den von der Reparationskommission regelrecht vorgenommenen Maßnahmen enthalte, oder gar die in Verfolg dieser Feststellung gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages erfolgten Maßnahmen

tabelle. Alle Briefe, die sich auf diesen Gegenstand beziehen, würden in Zukunft zurückgewiesen werden.

In späterer Abendstunde veröffentlichte die amtliche Wortlaut von drei weiteren Protestnoten. Die eine, die in Brüssel überreicht wird, bezieht sich auf den von uns bereits registrierten blutigen Vorfall in der Straßenbahn von Oberhausen nach Essen-Borbeck, wobei zwei belgische Soldaten, die keine Fahrkarte lösen wollten, einen Schaffner durch Schüsse schwer verletzten und einen unbeteiligten Fahrgast, den Schuhmacher Stadthorst, töteten. Die andere nach Paris gerichtete Note betrifft die Erschießung des Schuldieners und Bergarbeiters Raumann in Brechten durch einen französischen Posten, sowie die schweren Schußverletzungen, die zwei Knappschaftsbeamten in Bochum durch französische Soldaten zugefügt wurden, nachdem ihnen in einer Gastwirtschaft Verabfolgung von Getränken verweigert wurde und sie, in ihrem Zorn darüber, die deutschen Gäste mit gezogenen Seitengewehren und Revolvern auf die Straße hinausdrängten, um sodann auf sie loszufeuern.

In allen diesen Fällen sind Sühne und Entschädigung gefordert.

Die dritte Note wird in Paris, London, Rom und Brüssel überreicht und wendet sich gegen verschiedene neue Anordnungen der Rheinlandkommission, die dem Völkerrecht, dem Versailler Vertrag und dem Rheinlandsabkommen widersprechen.

Es handelt sich um die Ordonnanz Nr. 155, durch die für die Verwaltung der widerrechtlich beschlagnahmten Reichs-, Staats- und Gemeindegeldern fünf leitende Komitees errichtet worden sind. Hierüber heißt es:

„Diese Komitees sind in Wahrheit eigene interalliierte Verwaltungsbehörden, die im Gegensatz zu den vertraglich vereinbarten Bestimmungen des Rheinlandsabkommens unter Zerschneidung jeglichen Zusammenhangs mit den deutschen Zentralbehörden und unter Überleitung der internationalisierten Rheinlandkommission die obersten Verwaltungsgeschäfte selbständig erledigen sollen. Diese Verordnungen im Zusammenhang mit den gleichzeitigen von der internationalisierten Rheinlandkommission verfügten Massenauweisungen deutscher Beamter, darunter besonders der leitenden Beamten, bedeutet tatsächlich den Anfang einer Losreißung der Rheinlande von dem übrigen Deutschland.“

Ferner wendet sich die Note gegen die von französischen Generalen verfügte Ausdehnung der Besatzung des Emser Ein- und Ausfahrtstrasses auf das widerrechtlich besetzte Gebiet, obwohl dieses Amt nach den Zusagen der Alliierten vom Sommer 1921 längst auch für das Rheinland selbst hätte aufgehoben werden sollen.

Schließlich richtet sich der Protest gegen die geplante Kohlenverteilung im alsbesetzten Gebiet durch die rechtswidrig in Essen eingerichtete interalliierte Kohlenkontrollkommission. Es wird angeführt und nachgewiesen, daß diese Verfügung eine dreifache Verletzung der bestehenden Verträge darstellt.

## Lügenpropaganda.

Düsseldorf, 5. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wegen des passiven Widerstands der Ruhrarbeiter sind die Franzosen jetzt dazu übergegangen, eine Lügenpropaganda einzuleiten. Französische Agenturen für den Verkauf von Zeitschriften und Zeitungen sind im Ruhrgebiet eingerichtet. Nicht einmal aus Regierbezirken werden die Schriften gekauft. Deshalb gehen die Franzosen dazu über, anonyme Flugblätter zu verteilen. Die Sprache ist in gutem Deutsch, inhaltlich nach kommunistischen Gedanken orientiert: Sturz der jetzigen Regierung und Niederdrückung der deutschen Unternehmer im Interesse Frankreichs und der deutschen Arbeiter. Wörtlich heißt es: „Frankreich als demokratisches und republikanisches Land will nicht den Arbeiter ausnutzen. Er soll nebst seiner Familie von einem Arbeitslohn leben können, der wirklich der geleisteten Arbeit entspricht. Die Sozial- und Arbeitsgesetze werden in Kraft bleiben.“

## „Französischer Kriegsbericht“.

Paris, 5. Februar. Der heutige amtliche Bericht über die Lage im Ruhrgebiet besagt: Der gestrige Tag verlief ruhig. In den Bergwerken geht die Arbeit weiter. In der Kohlenförderung ist jedoch eine Abnahme zu verzeichnen. Die Blockierungsoperationen nehmen einen befriedigenden Fortgang. Kein Waggon Kohle gelangt aus dem besetzten Gebiet nach Deutschland.

## Steuereinzahlung und Ruhrgehalt.

Paris, 5. Februar. Eine Mission von Finanzinspektoren, Auditoren, Staatsräten und besonders Inspektoren der Banque de France mit dem westfälischen Finanzinspektor Schweisgut als Führer ging nach Düsseldorf ab, wo sie dem General Degoutte unterstellt werden wird. Ihre Aufgabe wird es sein, die wirksamsten Mittel zur Einziehung der Kohlensteuer im Ruhrgebiet zu studieren. Ferner soll die Mission sich mit der Einrichtung des Soldienstes sowie mit der Ausgabe des Ruhrgeheldes beschäftigen.

Am Pariser Finanzministerium war heute eine Konferenz zwischen belgischen und französischen Beamten der belgischen Ministerien über die Frage der Ruhrwährung.

## Die Höchster Hüttenwerke stillgelegt.

Frankfurt a. M., 5. Februar. (W.B.) Wie bereits gemeldet, wurden am Sonnabend vormittag die Höchster Hüttenwerke von den französischen Besatzungstruppen besetzt. Daraus ist am Sonnabend der ganze Betrieb stillgelegt worden.

## Die Frachtschiffahrt auf dem Main eingestellt.

Frankfurt a. M., 5. Februar. (W.B.) Da die französische Besatzungsbehörde zehn vor der Köstheimer Schleuse liegende mit Kohlen beladene und nach Frankfurt a. M. bestimmte Lastschiffe seit drei Tagen festhält, ist der Frachtverkehr Main abwärts aus Frankfurt bis auf weiteres verboten worden. Infolgedessen stauen sich die Frächte oberhalb der Stadt an.

Offenburg, 5. Februar. (W.B.) Besprechungen zwischen General Michel und den Vertretern der Beamten und Arbeiter hatten das Ergebnis, daß der Straßenverkehr in der Stadt während der Nachtzeit freigegeben und die verlangte Aufhebung der Telephonsperrung und Telegrammsperre zugesichert wurde. Hinsichtlich des Eisenbahnverkehrs schweben noch Verhandlungen, zugleich über den Verkauf von Lebensmitteln durch die französische Besatzung.

## Der Essener Polizeipräsident verhaftet.

Essen, 5. Februar. (W.B.) Der Polizeipräsident von Essen, Welcher, ist heute vormittag verhaftet worden.

## Amerika wird nicht eingreifen.

Paris, 5. Februar. (W.B.) „New York Herald“ berichtet aus Washington, Präsident Harding habe, wie eine Note erklärt, gestern gesagt, die Beteiligten Staaten würden in einer rein europäischen Angelegenheit nicht den Vermittler spielen, aber wenn die Gelegenheit sich eines Tages biete, würde die amerikanische Regierung sehr gerne Europa nach dem Zusammentritt einer Wirtschaftskonferenz beistehen.



# Die Zunahme der Berliner Nachtbetriebe.

## Massenhaftes Auftreten der „Spanner“ in den nächtlichen Straßen.

Die 11-Uhr-Polizeistunde bringt wieder das gewohnte Anwachsen der Nachtbetriebe. Ohne „Spanner“ ist der Betrieb der Nachtlokale undurchführbar, und so zählen die Inhaber dieser Betriebe lieber ihren „Spannern“ das Gehalt eines Staatsministers, als sich der dauernden Gefahr einer Ueberrumpelung durch die Polizei aussetzen. Die „Spanner“ haben sich dem Anwachsen der Nachtbetriebe entsprechend organisiert und — das muß neidlos zugegeben werden — für ihre weitere Fortbildung Sorge getragen. Jedem „Spanner“, auch dem der primitivsten Nachtlokalen des Scheunenviertels, müssen alle Beamten der Wucherabteilung und der Streifenkommission des Polizeipräsidiums genau bekannt sein. Der Spanner muß zu jeder Zeit darüber informiert sein, wo die besonders gefährdeten Beamten sich aufhalten und ob etwa eine Nachstreife bevorsteht; er muß alle Polizeiautos und deren Führer kennen und muß verstehen, jeden Passanten sofort richtig einzuschätzen.

### Spanners Pflichten.

Die Tätigkeit der Polizeibeamten wird durch tüchtige Spanner ungemein erschwert. Gelingt es ihnen, den Spanner zu überumpeln, so hat er meistens dennoch Zeit, seine hinter der verschlossenen Haustür wartenden „Spannerkollegen“ zu warnen oder aber durch Rufen, Klopfen, Klingeln, oder Lichtsignal den Betrieb zu benachrichtigen, rechtzeitig wenigstens, um durch Schließen sämtlicher Türen ein schnelles Eindringen der Polizeibeamten zu verhindern. Die Polizeibeamten treffen dann meist harmlose Gäste an, Mitglieder irgend eines Vereins, die eifrig über ihre Statuten zu beraten scheinen. Die übliche Längerin, mag sie völlig unbekleidet oder mag sie leicht gekleidet getanzi haben, hatte dem auch immer noch Zeit, sich anzukleiden und zu den anderen Gästen zu gehen. Gläser und anderes Geschick wurden schnell fortgeräumt und der Sekt — denn nur Sekt wird in den richtigen Nachtlokalen kredenz — wurde gut versteckt. Eine Ueberführung der Unfernehmer ist dann nur in den allergeringsten Fällen möglich, weil auch die Gäste — mögen sie auch noch so schamlos ausgebeutet sein — immer auf ihrer Seite stehen und nichts verraten. Den Inhabern der Nachtbetriebe bleibt deshalb durch die Tätigkeit ihrer „Spanner“ die übliche hohe Geldstrafe und die Einziehung der Lizenz und Sekt erspart. Ein guter „Spanner“ macht sich dadurch immer bezahlt, mag er auch 50 000 M. für einige Nachtstunden bekommen, das sind eben notwendige Geschäftskosten. Wehe jedoch dem Schlepper und „Spanner“, der auslos einen der gefährdeten Polizeibeamten eingelassen hat! In wohl allen Fällen muß er das an seinem Körper böse büßen. Denn die erregten Herren Kollegen, denen ebenso wie ihrem Chef auf einige Zeit ihr Erwerb genommen ist, üben meist schnelle und keine milde Justiz.

### Die nächtlichen Gäste.

Die Zahl der Nachtlokale hat in letzter Zeit wieder erheblich zugenommen. Wohl alle Gegenden Berlins sind förmlich überfüllt von ihnen, die meisten und elegantesten finden wir in der Friedrichstadt und im Westen, namentlich in Charlottenburg. Das Publikum dieser Nachtlokale ergänzt sich aus allen Bevölkerungsschichten, besteht aber mit wenigen Ausnahmen vorwiegend aus Ausländern und antilastigen deutschen Kreisen. Dem entsprechen auch die horrenden Preise, die gefordert werden und die zu zahlen dem arbeitenden Menschen nur in allergeringsten Fällen möglich sein wird. Zehen, wie einige Hunderttausende in einer Nacht, kann im allgemeinen nur der kapitalstarke Ausländer bezahlen oder der Schieber und all die vielen anderen Arten von Vampiren am deutschen Volke. In Pariser und Londoner, auch in amerikanischen Zeitungen liest man immer, daß es dem deutschen Volke glänzend ginge, daß alle Vergnügungsorte überfüllt seien und daß das deutsche Publikum in Schlemmer- und Nachtlokalen sein Geld herauswürfe. Und schaut man sich dieses Publikum mal genauer an, sieht man, daß die in Nachtlokalen betroffenen Deutschen mit wenigen, wirklich ganz geringen Ausnahmen zur besten Gesellschaft zu zählen sind. Es sind meist Gewinner aller Art, Wucherer, Schieber, Dirnen und ihr Anhang in allen Schattierungen. Das Vorgehen gegen solche Nachtbetriebe kann nicht scharf genug sein. Auch das tüchtigste Zusatzen wird wohl von jedem anständigen Deutschen verstanden werden, mag er Arbeiter sein oder Großkaufmann. Keine Schamung allen diesen Leuten, die mit ihrem Tun wissenschaftlich das Volk in seiner Allgemeinheit schwerstens schädigen.

Durch die Wohnungsämter müßten in jedem einzelnen Falle die Wohnräume, welche unerlaubten Schankzwecken gedient haben, sofort beschlagnahmt und wohnungsuchenden deutschen Familien sofort — aber unbedingt innerhalb der nächsten Tage — zugewiesen werden. All' Vorräte, insbesondere Weine, müßten restlos beschlagnahmt und Kranke, und Siechenhäusern zugeführt werden. Endlich wäre es erforderlich, alle Unternehmer der Nachtlokale in Haft zu nehmen und durch das Richtergericht sofort aburteilen zu lassen. Dann würde es bald anders werden und Mißständen würden dem deutschen Volke am Volksvermögen erspart bleiben.

### Lasterdielen.

Ein ganz besonders scharfes Vorgehen empfiehlt sich gegenüber den Nachtbetrieben, in welchen besonderen Lasterdielen geföhrt wird, in denen Raktänze und Kokain die zerrütteten Nerven des Publikums anregen sollen. Derartige Lokale bilden noch eine besonders große Gefahr für die Sicherheit des Publikums und auch der in der betreffenden Gegend wohnenden Bürger. Denn erfahrungsgemäß findet sich in solchen Gaststätten auch die Verbrechermwelt an und hort ihrer Opfer. Der wein- und kokaintrunkene Gast wird beraubt, „gefledbert“ oder auf dem Heimweg überfallen. Ein großer Teil der in letzter Zeit so überhandgenommenen Raubüberfälle ist auf das Konto derartiger Betriebe zu setzen. Meist sind es Nachtschwärmer, welche auf ihrem Heimweg überfallen werden und ihren Uebermut oft schwer büßen müssen.

Freilich, eine Spitzensache ist es, den Raktumpf Berlins zuzuschütten, aber sie ist notwendig und deshalb den Nachtbetrieben und ihrem Stammpublikum ein harter, rücksichtsloser Kampf. Auf Elemente, denen das Einsehen hierfür mangelt und die sich den Interessen der Allgemeinheit entgegensetzen, ist keine Rücksicht zu nehmen.

### Aushebung von Nepp- und Spielerlokale.

In der Wohnung der Frau Luise K. in der Gledischstraße wurde ein Nachtlokal ausgehoben. Sechs männliche und sechs weibliche Personen mußten den Weg zur Wache antreten. Ein Gast hatte auf der Polizei Anzeige erstattet, weil ihm für eine Flasche Sekt, eine Tasse Kaffee und ein Brötchen 30000 Mark abgenommen worden waren — Kriminal- und Schutzpolizeibeamte hoben das Lokal „Dörfaue“ in der Hauptstraße in Schöneberg und das Kaffee Hamburg in der Potsdamer Straße in Zehlendorf wegen verbotener Glückspiele aus. Hier wurden zwölf Personen feststellt. — Am Hauke Eisenbahnstr. 7 in Schöneberg überprüfte man nachts gegen 2 1/2 Uhr in dem Lokal des Gastwirts Ernst Schulze eine Spielergesellschaft. 12 Spieler mußten den Weg zur Wache antreten. 10 154 Mark bares Geld wurden beschlagnahmt.

### Neppatrioten.

Tausende Familien, die durch den Krieg und seine Folgen ruiniert wurden, leben heute vom Zimmervermietern an Ausländer. Sie sind der Gegenstand des Neides anderer, und in diesem eblen Gefühl ist gewiß ein Hauptgrund der Fremdenhete zu finden. Diese hat auch gewisse Behörden stark ergriffen. So will ein Groß-Berliner Wohnungsamt nicht dulden, daß ein (zwar nicht dem Wohnungsamt) sehr bekannter ungarischer Republikaner bei seinen Kindern wohne; der Mann, der vor dem Fort-Vanditentum stehen mußte, hat die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft erworben und das genügt dem Wohnungsamt zu dem Besideid, er sei als Tschechoslowake Valutar und möge im Hotel wohnen! Ein geradezu klassischer Fall von Neppatriotismus ist aber wohl der des Wohnunggebers eines französischen Journalisten, der diesen jetzt zum Ausziehen aufforderte und als der Fremde die Unmöglichkeit einwandte, von ihm 100 000 M. „Entschädigung“ verlangte. Als der Franzose die Berechtigung dieser Forderung bestritt, drohte der neppatriotische Wirt: „Dann stelle ich mich vor's Haus und rufe aus, daß hier ein Franzose wohnt — dann werden Sie sehen, wie es Ihnen geht!“ Wenn er aber die

100 000 M. bekommt, dann ist sein neppatriotisches Gewissen befreit. — Sind sie nicht gleichwertig die Neppatrioten und die Neppatrioten?

### Fleisch nur für Schlemmer.

#### Unberechtigter Preissteigerung nach der Dollarnotierung.

Die unerhörte Preisbewegung auf dem Berliner Viehhof und dem Magerviehhof setzt sich unaufhaltsam fort. In der Zeit vom 10. bis zum 27. Januar sind die Fleischpreise auf den genannten beiden Viehhöfen, wo bekanntlich der Auftrieb der Rinder, Schweine und Hammel stattfindet, um rund 250 Proz. gestiegen, und vom 27. Januar bis jetzt haben die Preise eine abermalige Erhöhung um etwa 100 Proz. erfahren. Das Fleisch ist heute ebenso wie die Butter zu einem Luxusartikel für Schlemmer geworden, und Vorgänge in Neukölln am letzten Sonnabend sowie Zusammenrottungen, die vor den Schlächtergeschäften im Norden Berlins gestern stattfanden, haben nicht nur den beteiligten Ladenbesitzern, sondern auch den Polizeibehörden die Gefahr vor Augen geführt, die sich aus einer weiteren Entwertung der Dinge ergeben muß, wenn nicht schleunigst Sorge getragen wird, daß eine Kontrolle der Landwirte und der Viehkommissionäre, besonders aber der wilden Händler, eingeföhrt wird.

Nachdem auf dem letzten Viehmarkt die Händler mit Schweinen stark zurückgehalten hatten, fand auf dem letzten Markt ein sehr reichliches Angebot statt, und für das Pfund Schweinefleisch wurden im Großhandel 4200 M. verlangt. Rind- und Hammelfleisch kosteten über 3000 M. Diese Preise werden von den Ladenhändlern als vollkommen unberechtigt bezeichnet, da einmal das bereits gemästete oder dicht vor dem Abchlachten stehende Vieh keinen erheblichen Kostenaufwand vom Landwirt mehr verlangt, und da der Produzent deshalb keine Wiederbeschaffungspreise verlangen muß, weil sich die Futzucht des Schlachtwiehes in der Hauptsache auf den Verbrauch inländischer Futtermittel stützt. Die letzten Fleischpreise aber sind, wie Fachleute behaupten, lediglich auf die Dollarnotierung eingestellt, und trotz aller Kontrolle durch Organe der Wucherpolizei sei es nicht möglich, die Forderungen der Landwirte und der Viehhändler herabzubringen. Der Berliner Polizeipräsident hat sich veranlaßt gesehen, zum heutigen Dienstag Vertreter der Viehkommissionäre, Engroschlächter und der Ladenbesitzer zu einer Besprechung zu laden, in der die maßgebenden Beamten des Polizeipräsidiums sich über die Lage auf dem Viehhof und besonders über die Preisbildung dort und bei Produzenten informieren wollen.

### Markenbrot 730 M. ab 12. Februar.

Die Ernährungsdeputation des Berliner Magistrats beschäftigte sich mit der Neufestsetzung der Preise für Brot und Milch und kam auf Grund der festgestellten Spannen zu einer Festsetzung des Brotpreises von 730 M. für das Markenbrot und von 26 M. für die Markenbrotkrumpe, und zwar ab 12. Februar. Bei der Berechnung der einzelnen Spannen wurde in zwei Fällen Einspruch gegen die Berechnung erhoben. Es soll daher der Sachausschuss noch einmal Stellung dazu nehmen. Der Milchpreis stellt sich, wie bereits mitgeteilt, für die Woche vom 4. bis 10. Februar auf 360 M. pro Liter. Das Reich hat eine größere Summe für die Verbilligung der Milch zur Verfügung gestellt. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin hat von dem auf die Gemeinde Berlin entfallenden Anteil 130 Millionen Mark dem Jugendamt zur Verbilligung der Milch für ärmere Kreise der Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Zu lebhaften Erörterungen gab Anlaß die Festsetzung der Spanne für meiereimäßige Behandlung der Milch in Berlin. Diese Spanne ist auf 44 M. festgesetzt. Auffällig ist es, daß der Sach, der der Meierei volle Gewähr wird, nicht unerheblich über dem Durchschnittspreis liegt. Es wurde daher die Anregung gegeben, daß man bei der Verteilung der Milch auf die einzelnen Molkereien auch auf die Leistungsfähigkeit entsprechende Rücksicht nehmen solle.

Die arbeitende Bevölkerung unter diesen Verhältnissen bei knappen Lohn- und Gehaltssteigerungen kräftezuführende Lebensmittel erschwingen soll, ist eine Frage, mit der man sich an zuständiger Stelle mehr beschäftigen sollte, als mit der bloßen Beweisführung über die Notwendigkeit höherer Preise.

Das Ende des Notgeldes. Der Reichsminister der Finanzen hatte die Umlaufzeit des mit seiner Genehmigung ausgegebenen Notgeldes noch einmal bis zum 5. Februar verlängert. Bis zu diesem Tage ist alles Notgeld aufgerufen worden und muß nun binnen einer weiteren Frist von vier Wochen eingelöst werden.

(Kohlschub verbeitet. Der Malik-Verlag, Berlin.)

## Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Aus dem amerikanischen Manuskript überföhrt von Julian Sumpers.

Die Kompagnien waren aufmarschiert und standen steif wie die Spielzeugsoldaten. Der Abend war fast warm, ein kleiner, spielerischer Wind tändelte mit den schwellenden Knospen der Platänen. Der Himmel hatte eine schläfrige, violette Farbe, und das Blut sprang heiß und stehend durch die steifgewordenen Arme und Beine der Soldaten.

Die Stimmen waren heut abend besonders hart und metallisch. Man murmelte, ein General werde kommen. Befehle wurden wühlend ausgeschrien. Fuselli stand hinter seiner Kompagnie, die Brust herausgepreßt, daß die Knöpfe seiner Uniform fast abplatzten. Seine Stiefel waren gut gepuht, und er hatte ein paar neue Gamaschen um, die so fest gebunden waren, daß seine Beine schmerzten. Endlich ertönte das Horn über dem schweigenden Feld.

„Rühren!“ rief der Leutnant. Fuselli war voll von der Armeedienstordnung, die er die ganze letzte Woche hindurch eifrig studiert hatte. Er dachte an ein Examen, das er vielleicht durchgehen müsse, um endgültig seine Korporalswürde zu erhalten. Als die Kompagnie entlassen wurde, ging er vertraulich an den ersten Sergeanten heran.

„Sag mal, Serge, hast du heute abend was vor?“

„Ne“, meinte der.

„Nun, dann komm mit mir in die Stadt. Ich will dir jemand vorstellen.“

„Frein.“

„Sag, Sergeant, haben sie den Beförderungsschein schon geschickt?“

„Ne, noch nicht, Fuselli“, sagte der Sergeant. „Aber es kommt alles schon in Ordnung.“ fügte er hinzu.

Sie gingen schweigend zur Stadt. Der Abend war silbrig-violett. Die wenigen erleuchteten Fenster der alten, grau-grünen Häuser warfen ein orangefarbenes Licht auf den Weg. Ein Wagen des Stabes schob vorbei, bespritzte sie mit Schmutz. Sie sahen im Vorüberfahren Offiziere, die sich tief in die Kissen zurückgelehnt hatten.

Sie hatten den Marktplatz erreicht. Sie grüßten stramm, als zwei Offiziere sich an ihnen vorbeischoßen.

„Wie sind die Bestimmungen, wenn einer ein französisches Mädchen heiraten will?“ lam Fuselli plötzlich heraus.

„Hast dich wohl einsangen lassen?“

„Ne“, Fuselli war ganz rot geworden. „Wollte nur so mal wissen.“

Sie hatten vor dem Gemüseladen halt gemacht. Fuselli sah durch das Fenster hinein. Der Laden war voller Soldaten. Zwischen ihnen sah Yvonne und strickte.

„Wollen erst mal gehen, was trinken und dann zurückkommen.“ sagte Fuselli.

Sie gingen zu dem Kaffee, wo Marie mit den weißen Armen war. Fuselli bezahlte für zwei heiße Bunsche.

„So, Serge“, sagte er vertraulich. „Ich schrieb allen meinen Leuten zu Hause, daß ich Korporal sei. Es würde 'ne ekelhafte Geschichte sein, wenn man mich nun tatsächlich nicht befördern würde.“

Der erste Sergeant trank das heiße Getränk in kleinen Schlucken herunter. Ein breites Lächeln ging über sein Gesicht, und er legte seine Hand väterlich auf Fusellis Knie. „Brauchst dich nicht drum zu sorgen. Ich bring' die Geschichte in Ordnung.“ sagte er. Dann fügte er jovial hinzu: „Wollen jetzt mal gehen und dein Mädchen angucken.“

Sie gingen in die dunklen Straßen hinaus. Der Wind hatte den leisen Duft des Frühlings, trotz des Geruches von Karbid. Yvonne sah unter der Lampe im Laden, ihre Füße auf einer offenen Kiste, und gähnte gelangweilt. Yvonne sprang auf, als Fuselli und der Sergeant die Tür öffneten.

„Das ist der Sergeant, Yvonne“, stellte Fuselli vor.

„Jawohl, ich weiß“, antwortete die und lächelte den Sergeanten an.

Sie saßen in dem kleinen Zimmer hinter dem Laden, tranken weißen Wein und sprachen so gut sie konnten mit Yvonne, die in ihrem schwarzen Kleid und blauer Schürze auf der Ecke eines Stuhles saß, ihre Füße fest zusammengepreßt, und dann und wann auf die Streifen am Kermel des Sergeanten schaute.

Fuselli ging vertraulich pfeifend in den Gemüseladen hinein und riß die Tür zum inneren Zimmer auf. Sein Pfeifen hörte plötzlich auf.

„Hallo“, fragte er beunruhigt.

„Hallo, Korporal“, antwortete Eisenstein.

Eisenstein und sein französischer Freund, ein schwächlicher Mann mit schwarzem Bart und brennend schwarzen Augen und Stockton, der junge Mann mit dem freudigen Gesicht, saßen am Tisch, sprachen vertraulich und scherzten mit Yvonne, die neben dem Franzosen saß und alle ihre kleinen Perlenzähne lachend zeigte. In der Mitte des dunklen Eichentisches stand ein Topf Hyazinthen und einige Gläser, in denen Wein gewesen war. Der Duft der Hyazinthen schwebte im Zimmer, mit einem schwachen, warmen Geruch aus der Küche vermischt. Nach kurzem Zögern setzte sich Fuselli. Er wollte warten, bis die anderen weggehen würden. Es war lange nach dem Böhnungstage, und seine Tassen waren leer; so konnte er nirgendwo anders mehr hingehen.

„Wie behandelst man dich jetzt?“ fragte Eisenstein Stockton nach einem Schweigen.

„Genau wie immer“, sagte Stockton mit seiner dünnen Stimme ein wenig stotternd.

„Manchmal wünsche ich, ich wäre tot.“

„Am“, sagte Eisenstein, einen seltsamen Ausdruck des Versteuens auf dem Gesicht.

„Eines Tages werden wir auch wieder Zielfisten sein.“

„Ich nicht“, meinte Stockton.

„Mensch“, sagte Eisenstein. „Du mußt die Oberlippe steifhalten. Ich dachte auch, ich würde sterben auf dem Transport über See, und als ich klein war und mit den Emigranten aus Polen hinüberging, dachte ich auch, ich werde sterben. Der Mensch kann mehr aushalten, als man so denkt. Habe nie gedacht, daß ich es aushalten könnte, in der Armee zu sein, wie ein Sklave behandelt zu werden und all das andere. Und doch bin ich noch hier. Ne, du wirst schon lange leben und noch viel Erfolg haben.“

Er legte seine Hand auf Stocktons Schulter. Der Junge fuhr zusammen und zog seinen Stuhl weg.

„Warum tust du das?“ Ich will dir nicht wehtun“, sagte Eisenstein.

Fuselli sah sie beide mit Verachtung an.

„Ich werde dir sagen, was du tun mußt“, meinte er herablassend. „Läß dich zu unserer Kompanie versetzen. Nimm Eisenstein? Wir haben 'nen anständigen Chef, 'nen netten Sergeanten und 'ne Menge andere gute Kerls.“

„Der Sergeant war vor einigen Minuten hier“, sagte Eisenstein.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Liebe und aus Not.

Ein Raub mit psychologischem Hintergrund.

Mit der Liebe zu einem Mädchen suchte der jugendliche Kaufmann Billig Hartung einen Raubüberfall zu erklären...

Als Raub der Angeklagten, der ihn schon wiederholt aufgefucht hatte, eines Tages in seinem Laden Briefmarken zur Ansicht vorlegte...

Ein Totgefangener.

Vom Birchow-Krankenhaus ist infolge eines Verlebens eine falsche Todesnachricht verbreitet worden...

In dem schweren Raubüberfall in der Passauer Str. 19, nach dem der Täter sich im Kaufhaus des Westens auf einer Treppe erschoss...

Ein entsetzender Mörder wurde von der hiesigen Kriminalpolizei bei einer Streife in einem Fremdenlogis im Osten Berlins wieder festgenommen...

Der Filmdarsteller „Eine Reise nach Südamerika mit dem Schneekampfer Cap Volante“ wird am Dienstag, den 6. Februar...

Beisetzung der Beuthener Opfer.

Ein Waffengrab für 104 Tote.

In Beuthen fand unter Teilnahme der gesamten Bevölkerung Beuthens und der näheren und weiteren Umgebung die feierliche Beisetzung der Opfer der Katastrophe auf der Heiligengrube statt...

Wassereinbruch auf der Laurahütte. Sonnabendabend ist durch Hochwasser und Daambruch des Briniga in zwei Schächte der Laurahütte Wasser eingedrungen...

Arbeiter-Sport

Großer Tag im Sportpalast.

Der Kartellverband für Sport und Körperpflege hatte am Sonntag alle Freunde des Arbeitersports nach dem Sportpalast eingeladen und brachte ein vielseitiges und interessantes Programm zur Durchführung...

Der Verein „Freie Schwimmer Berlin 1887“ veranstaltet am Sonntag, den 10. Februar, ein solches Schwimmfest. Außerdem wird der Berliner Arbeiter-Schwimmverein „Freiheit“ am Sonntag, den 11. Februar, ein Schwimmfest in der Gölbbelchen-Badanstalt abgeben...

Alles für die Kommunisten.

Vor kurzem hatten wir einer Zeitschrift Raum gegeben, die lebhaften Einspruch dagegen erhob, daß die (anzunehmende) Zeitung „Arbeiter-Sport“ Anhänger für die kommunistische Internationale zu gewinnen sucht...

Dammbrüche sind im Gange. Auf dem Knoff-Schacht sind zwei Raschisten ertrunken, denen es nicht mehr möglich war, der Wasserflut zu entgehen...

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 106. Abt. Johanniskirche. Mittwoch, den 7. Februar, 7 1/2 Uhr, öffentliche Versammlung im Bürgergarten. Thema: Die Ruhrbesetzung und die politische Lage. Referent Dr. Ewenschein, W. d. R.

Der der SPD. und USPD. in den Vorstand gewählt werden dürfen. Ein Antrag auf der letzten Kreisversammlung, diesen Beschluß aufzuheben, wurde, wie uns mitgeteilt wird, erst verhandelt, als der größte Teil der Anwesenden die Sitzung verlassen hatte...

Schwimmen.

Der S. B. „Vorwärts“, Berlin 1907, Gruppe Norden, veranstaltet am Sonntag, den 10. Februar, im Stadion Wedding, ein für die Gruppen des Vereins offenes Schwimmfest...

Der Verein „Freie Schwimmer Berlin 1887“ veranstaltet am Sonntag, den 10. Februar, ein solches Schwimmfest. Außerdem wird der Berliner Arbeiter-Schwimmverein „Freiheit“ am Sonntag, den 11. Februar, ein Schwimmfest in der Gölbbelchen-Badanstalt abgeben...

Einem Vereinsmitglied im Rinken, Leben und Ju-Jitsu veranstaltet die „Sportliche Vereinigung Vorwärts 1907“ am Sonntag, den 11. Februar, 3 Uhr nachmittags, in der Turnhalle Charlottenburg Str. 7-8, Interessenten haben hier zum erstmaligen Male, einen Vereinswettkampf im Ju-Jitsu...

Arbeiter-Sportkartell Mitteldeutschland. Der Bericht des Vorstandes in der Generalsammlung ergab ein für die Bewegung aufreißendes Bild bis auf die finanzielle Seite, die durch einen Vierteljahrberichts der Mitglieder über 18 Jahre von 5 M. in Geldgewinn gebracht werden soll...

Arbeiter-Turn- und Sportklub. 1. Kreis, 8. Bezirk. Des Kreis-Schwimmturnens findet für die Vereine des 8. Bezirks am Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 2 Uhr, in der Turnhalle des Hochmannhans, Rine Auguststr. 3-4, im Erzturm statt...

Freie Turnerschaft Rixdorf. Reichlichste, Karlshorst, 4. Bezirk. Zur Gründung einer Arbeiter-Turn- und Sportvereine werden Interessenten gebeten, sich heute, Dienstag, den 6. Februar, in der Vereinsturnhalle des Rink-Schwimmturnens, Treptowerstr. 10, einzufinden...

Arbeiter-Schwimmverein „Freiheit“. Berlin. Schwimmfest am Sonntag, den 11. Februar, in der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr. In der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr. In der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr.

Arbeiter-Schwimmverein „Freiheit“. Berlin. Schwimmfest am Sonntag, den 11. Februar, in der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr. In der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr.

Arbeiter-Schwimmverein „Freiheit“. Berlin. Schwimmfest am Sonntag, den 11. Februar, in der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr. In der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr.

Arbeiter-Schwimmverein „Freiheit“. Berlin. Schwimmfest am Sonntag, den 11. Februar, in der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr. In der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr.

Arbeiter-Schwimmverein „Freiheit“. Berlin. Schwimmfest am Sonntag, den 11. Februar, in der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr. In der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr.

Arbeiter-Schwimmverein „Freiheit“. Berlin. Schwimmfest am Sonntag, den 11. Februar, in der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr. In der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr.

Arbeiter-Schwimmverein „Freiheit“. Berlin. Schwimmfest am Sonntag, den 11. Februar, in der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr. In der Turnhalle Rixdorfstr. 4-5, 10 Uhr.

# Arbeitszeit, Lohn und Leistung.

Für den Wandel der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse seit dem Zusammenbruch ist nichts so bezeichnend als der allgemeine Anstieg gegen den Achtstundentag. Bei seiner Einführung als fast selbstverständlich hingekommen, ja, schon vor der Umwälzung in gemeinsamer Verhandlung der Unternehmer und Gewerkschaften vorbereitet, galt er zunächst als unangreifbar. Die Verschlebung der innerpolitischen Machtverhältnisse, die beherrschende Stellung, die sich die Großindustrie geschaffen hat, die damit verbundene Nachteilnahme der organisierten Arbeiterklasse und in erster Linie die schnelle und anhaltende Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse: das sind die Gründe, die den Achtstundentag aus dem unzerstörlichen und unangreifbaren Gut der Arbeiter und Angestellten zum heftig umkämpften Streitobjekt gemacht haben.

In den letzten Wochen und Monaten hat der Kampf um den Achtstundentag einen gewissen Höhepunkt erreicht. Die Beratungen des Entwurfs eines Arbeitszeitgesetzes im vorläufigen Reichswirtschaftsrat, die Frage der Tarifstabilisierung sowie die Bezugnahme auf den Achtstundentag im Reparationsprogramm der Reichsregierung haben die Diskussion über den Achtstundentag äußerst verschärft. Die organisierten Unternehmer, besonders die Schwerindustriellen, sind es in der Hauptsache, die in der Verlängerung der Arbeitszeit das einzige Rettungsmittel erblicken. Die bürgerliche Presse unterstützt mit ganz wenigen Ausnahmen die Agitation gegen den Achtstundentag, die offiziellen Stellen sehen diesem Treiben mit stiller Duldung zu.

Die Arbeiter und Angestellten haben alles Interesse daran, in einer für sie so wichtigen Frage völlig klar zu sehen. Der Achtstundentag ist für die Arbeiter- und Angestelltenklasse der Grundstein, von dem Gesundheit und Leben, politische und geistige Freiheit ihrer Klasse abhängen. Sie kann und darf sich aber nicht damit begnügen, den Kampf um den Achtstundentag nur auch ihrerseits nur mit groben, aber leicht zu widerlegenden Mitteln zu führen. Vielmehr muß in erster und sachlicher Weise die Frage in ihrem ganzen Umfange und in ihren inneren Zusammenhängen geprüft werden. Wird so verfahren, dann wird sich das Blatt bald wenden und das Gebrede von der „faulen Arbeiterklasse“ oder vom Schaden des „schematischen Achtstundentages“ in seiner ganzen Hohlheit offenbar werden.

Diese Notwendigkeit haben die Gewerkschaften verstanden. Das Heben im Verlage des ADGB, erschienenen Buch von Paul Herz und Richard Seidel\*) liefert dafür einen Beweis. In dieser Schrift hat die deutsche Arbeiter- und Angestelltenklasse die geistige Waffe, die sie im Kampfe um den Achtstundentag so dringend benötigt. Aber auch über diese Kreise hinaus wird das neuer erschienene Buch jedem von ernstem Willen zur Klärung unserer sozialen Verhältnisse Befleckten völlig neue Gesichtspunkte eröffnen. Bisher ist noch von keiner Stelle aus so sorgfältig untersucht, geprüft und verarbeitet worden, noch nirgends so reichliches und vor allen Dingen tief- und stichfestes Material aus Tageslicht gehoben worden als hier. Stränge Sachlichkeit, unanfechtbares Material, ausführliche Tatsachenschilderung und eine glänzende Zusammenfassung aller in Betracht kommenden Gesichtspunkte: das sind die stärksten Vorzüge dieser Schrift. Sie sind um so höher einzuschätzen, als die Sammlung einwandfreien Materials infolge der mangelhaften statistischen oder wissenschaftlichen Grundlagen mit den größten Schwierigkeiten verknüpft war.

Aus diesem Grunde war es auch möglich, daß die Gegner des Achtstundentages der öffentlichen Meinung völlig falsche Vorstellungen aufzwingen konnten. Das dürfte jetzt schwieriger werden. Die tatsächlichen Feststellungen, die Herz und Seidel in ihrer Schrift bringen, führen zu dem unwiderlegbaren Beweis, daß die Arbeitsleistung der gewerblichen Arbeiter im allgemeinen heute bei achtstündiger Arbeitszeit größer ist als in der Vorkriegszeit bei neun- und zehnstündiger. In den wenigen Fällen, in denen dieses nicht zutrifft, ist die Leistung mindestens die gleiche geblieben oder nur unmerklich zurückgegangen. In diesen Fällen haben sich die Produktionsmethoden stark verfeinert und kompliziert oder es kommen andere Rohstoffe zur Verarbeitung, die einer Steigerung der Leistung hinderlich sind. Gerade die Verschleubungen in den Arbeitsmethoden, die andersartige Behandlung der Rohstoffe, die Verfeinerung und Veredelung des Produkts sind Momente, die bei dem Vergleich der Arbeitsleistung jetzt und in der Vorkriegszeit von größter Wichtigkeit sind. Hier liegt eine der Möglichkeiten zur Verdunkelung, die bei oberflächlicher und tendenziöser Betrachtung natürlich die Arbeiter einseitig belastet. Es besteht also die einwandfrei bewiesene Tatsache, daß die deutsche Arbeiterklasse trotz stets sinkenden Reallohns, trotz der Ernährungsschwierigkeiten, der Wohnungsverhältnisse, der politischen und wirtschaftlichen Erschütterungen ihre Arbeitsleistung gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich gesteigert hat. Nur Ignoranten und gleichgültige Lügner werden künftighin noch vom „faulen Arbeiter“ reden dürfen.

Zwei Gebiete sind es besonders, die immer wieder als Beleg für den Rückgang der Arbeitsleistung angeführt werden: die Reichsbahn und der Bergbau. Auch hier operiert man nur mit allgemeinen Behauptungen. Für den Bergbau bringt die Herz-Seidelsche Schrift eine Darstellung, die auch in dieses Halbdunkel von Entstellung und Tendenzmache Licht bringt. Die hier gemachten Angaben wirken wie eine Offenbarung. Es wird darin nachgewiesen, daß die Hauptursache der mangelhaften Lage der deutschen Kohlenförderung in dem Mangel an mindestens 50 000 gelernten Hauern besteht. Da das Gewinnstreben der Unternehmer auch im Bergbau die einzig treibende Kraft ist, wird die Erschließung neuer Gesteinsfelder verabsäumt, und die als Hauer ausgebildeten Leute werden einfach wieder als Schlepper und Bedienungsmannschaften verwandt. So erklärt sich die Tatsache, daß die Zahl der Hauer im Ruhrkohlenbergbau, die in der Vorkriegszeit rund 52 Proz. der Gesamtbelegschaft ausmachte, im Jahre 1920 auf 39 Proz. zurückgegangen war und erst im Jahre 1922 wieder auf 42 Proz. der Gesamtbelegschaft gestiegen ist. Sie bleibt also immer noch um 10 Proz. gegen die Vorkriegszeit zurück. Dabei ist die persönliche Arbeits-

leistung der Hauer in einzelnen Revieren trotz anderthalbstündiger Schichtverkürzung gestiegen bei gleichzeitiger Verschlechterung aller äußeren Lebensverhältnisse.

Das selbe gilt von der Reichsbahn. Die Schrift bringt bis jetzt unerschöpfliche Leistungsergebnisse aus Eisenbahnwerkstätten, die unter Berücksichtigung der schweren Erschütterungen, die das deutsche Eisenbahnwesen durch den Krieg erlitten hat, die Leistung des einzelnen Arbeiters durchweg höher als in der Vorkriegszeit feststellen.

Mit dem Vorwurf des „schematischen Achtstundentages“ steht es nicht besser. Auch diesem Schlagwort gehen die Ver-

## Stadt- und Bezirksverordnete, Magistrats- u. Bezirksamtsmitglieder, Bürgerdeputierte

Mittwoch, den 7. Februar, abends 6 Uhr

### Versammlung

im Berliner Rathaus (Picardengasse), Eingang Königsstr.

Tagesordnung:

Die Stadtgemeinde Berlin und ihre Wirtschaftsbetriebe Referenten: Stadtverordneter Reuter und Stadtrat Schöning.

Zutritt haben außerdem die Mitglieder des Bezirksvorstandes. Die Kreisvertreter im Bezirksvorstand sind besonders eingeladen.

Das Bezirkssekretariat.

fasser sachlich und nüchtern zu Seite. An Hand der gesetzlichen Bestimmungen, der tariflichen Vereinbarungen sowie der industriellen und landwirtschaftlichen Praxis löst sich die Wohnvorsstellung vom „schematischen Achtstundentag“ in ein Nichts auf. Ist doch beispielsweise die Zahl der geleisteten Ueberstunden so groß, daß den deutschen Gewerkschaften von den ausländischen Bruderorganisationen der Vorwurf gemacht werden könnte, in Deutschland bestünde der Achtstundentag tatsächlich nicht. In Wirklichkeit hat sich die Arbeitszeit den verschiedenen Anforderungen der Industrie, der Landwirtschaft und der Staatsbetriebe immer angepaßt.

Diese beiden wichtigen Punkte: die Arbeitsleistung und der „schematische Achtstundentag“ mußten naturgemäß bei einer Besprechung des Buches an der Spitze stehen. Darüber soll aber nicht der übrige reichhaltige und vielseitige Inhalt als minder wichtig übergegangen werden. Es ist gerade der unschätzbare Vorzug dieser Schrift, daß sie nicht nur die einzelnen Begriffe des zur Erörterung stehenden Problems klar und scharf herausarbeitet, sondern daß der gesamte Fragenkomplex in den richtigen Zusammenhang gebracht wird. Man kann ruhig sagen, daß hier zum erstenmal Achtstundentag, Arbeitsleistung und Arbeitslohn unter Berücksichtigung aller psychologischen, physiologischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Momente eine auf wissenschaftliche Gründlichkeit und Unparteilichkeit Anspruch erhebbende Darstellung gefunden haben.

Außerordentlich interessant und aufschlußreich ist auch der Abschnitt über Arbeitslohn und Arbeitsleistung. Auf Grund der vorhandenen statistischen Unterlagen wird die dauernde Senkung des Reallohns der deutschen Arbeiter und Angestellten nachgewiesen, ebenso das auffallend ungünstige Verhältnis der deutschen Arbeiterlöhne zu denen der englischen, amerikanischen, französischen und belgischen Arbeiter. Da auch bei vielen Arbeitern über die Zusammenhänge von Arbeitszeit, Arbeitsleistung und Arbeitslohn viele unrichtige Vorstellungen herrschen, ist dieser Teil der Schrift besonders wichtig. Geradezu unentbehrlich dürfte die Schrift aber für alle praktisch tätigen Gewerkschafter sein, die im Kampf um den Achtstundentag auf Vorposten stehen. Die Schrift bietet ihnen Tatsachen und Argumente, denen gegenüber sich die Gegner noch auf lange hinaus in Verteidigungsstellung befinden werden.

## Wirtschaft

### Handel und Gewerbe im Januar.

Die wirtschaftlichen Folgen des gewaltigen Einmarsches der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet und ihrer widerrechtlichen Maßnahmen in diesem und im besetzten Gebiet des Rheinlandes lassen sich nach den Berichten der preussischen Handelskammern noch nicht übersehen. Abgesehen von dem Sturz der Mark, dem eine erhebliche Entwertung des Frank folgte, hat der Einbruch des wirtschaftlichen Lebens im Januar nicht in erheblichem Umfange gestört. Im besetzten Gebiet nahm die Erzeugung der Werte der Großindustrie ihren Fortgang; der Versand ist durch die Eingriffe der Besatzungstruppen in das Eisenbahnwesen einige Beschränkungen erfahren. Im unbesetzten Deutschland ergab sich durch das Aufheben der Reparationslieferungen für Frankreich und Belgien eine reichlichere Kohle- und Kohlenzufuhr.

Im übrigen vermehren sich die Anzeichen einer Verschlechterung der Wirtschaftslage, die sich seit November vorbereitet, was in einem größer werdenden Angebot ungelerneter Arbeitskräfte, besonders im Bergbau, seinen Ausdruck fand. Die sprunghafte Steigerung des Dollars von 8000 auf fast 50 000 M. hatte, obwohl sie sich in den Inlandspreisen noch nicht voll auswirkt, eine gewaltige Steigerung der Preise zur Folge.

Aus den einzelnen Gewerbezweigen wird berichtet: Infolge der Besetzung des Ruhrgebiets ist das Ergebnis der Förderung im Ruhrbergbau nicht zu übersehen. In Oberschlesien war die Förderfähigkeit in der ersten Monatswoche infolge der Feiertage unzulänglich. Sie besserte sich dann aber abwärts, so daß das Ergebnis mit einer arbeitstäglichen Durchschnittsförderung von 31 512 Tonnen und mit einer Gesamtförderung von 788 000 Tonnen hinter dem Vormonat kaum zurückbleibt. Am 10. Januar wurde die bisherige Höchstleistung mit 33 407 Tonnen erreicht. Die ostoberschlesische Kohlenförderung stellte sich auf etwa 50 000 Tonnen täglich. Bei dem Versand der westoberschlesischen Kohle fand das Ausland nur in beschränktem Umfange Verhältnisse. Die ostoberschlesische Kohle ging dagegen in verstärktem Maße nach der Slowakei, Rumänien, der Schweiz, Dänemark und Schweden; der Versand nach Deutschland und Deutschösterreich erfuhr eine weitere Verringerung.

Die Braunkohlenförderung ließ gegenüber dem Dezember im mitteldeutschen Braunkohlengebiet etwas nach, während sie im rheinischen Braunkohlengebiet eine Steigerung erfuhr. Die Bagengestellung und der Schiffverland gingen glatt vonstatten.

Der Absatz von Kalkstein im Inland steigerte sich in der zweiten Hälfte, dürfte aber nicht die Absatziffer des Januar 1922 erreichen.

In der Grobisenindustrie machte die Versorgung der Hüttenwerke mit Brennstoffen keine Schwierigkeiten. Im Westen verlief die Heranschaffung der Schwedenerze und anderer Auslandsenergie auf dem Wasserwege glatt. Der Bezug von lothringischem Minetteerz wurde infolge der politischen Ereignisse vollständig eingestellt. Die Beschaffung von Inlandsenergie war schwierig. In Roheisen herrschte Knappheit. Die Einfuhr französischer und belgischer Roheisens wurde mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse eingestellt. Dagegen machte sich in letzter Zeit die Konkurrenz tschechischer und slowakischer Roheisens auf dem deutschen Markte bemerkbar, das zu Preisen angeboten wurde, die unter den inländischen Notierungen lagen.

In der Maschinenindustrie berichtet die Handelskammer Berlin über ausreichende Beschäftigung, während die Handelskammer Kassel über weiteren Rückgang in der Lokomotivbauindustrie klagt. Im allgemeinen hat sich der Bestand an alten Aufträgen merklich gelichtet. Die Belegschaften der Maschinenfabriken haben demgemäß einen wenn auch nur unbedeutenden Abbau erfahren. Das Ausland hielt mit Aufträgen zurück. Betriebsbeschränkungen und Arbeitszeitverkürzungen sind nur vereinzelt vorgenommen, doch nahm die Vorratsanfertigung zu. Dies gilt auch für einen Teil der Kleinisenindustrie.

In der elektrotechnischen Industrie stellt Berlin in Motoren, Zählern, Apparaten, Kleinfabrikaten und Leitungen schwache Nachfrage fest. Nur der Umsatz in Starkstromtabeln hat sich gebessert.

Die Lage der Baumwollspinnereien wird allgemein als schlecht bezeichnet. Der Umsatz beschränkte sich lediglich auf den Inlandsverkehr, der Absatz ist zurückgegangen, teilweise wird nur noch fünf Tage in der Woche gearbeitet. Die Lage der Tuchindustrie der Niederlauf hat sich weiterhin einseitig verschlechtert. Die Arbeitszeit ist teilweise über 24 Stunden hinaus getätigt worden. Das Auslandsgeschäft ist unbefriedigend. In der schlesischen Konfektion hielt die Geschäftslage in den ersten Tagen des Januar an. Im zweiten Monatsdrittel besetzte sich das Geschäft wieder. In der Berliner Konfektionsindustrie war das Inlandsgeschäft schloppend, doch trat das Ausland nach wie vor als stärkerer Käufer auf. In der Wäschekonfektion hat sich die Nachfrage im Monat Januar noch allen Artfeln außerordentlich gesteigert, so daß der Geschäftstag als befriedigend bezeichnet werden kann.

In der chemischen Industrie wurde die im Anfang des Monats deutlich wahrnehmbare Zurückhaltung auf dem Markte mit der Befestigung des Ruhrgebiets und mit der sich daraus ergebenden Steigerung des Dollars wieder abgelöst von einer Nachfrage, die so groß war, daß sie nicht befriedigt werden konnte. Sowohl im Inlande wie im Auslande herrschte stürmische Nachfrage. In der Tabakindustrie herrscht völlige Absatzflodder.

**Tschechisches Kapital in Sachsen.** Prager Blätter konstatieren dem „Rsa“ zufolge eine stark anwachsende Beteiligung tschechischer Kapitalien an der Industrie in Sachsen. Die Aktien der Sächsischen Portlandzementfabrik in Dresden sind fast vollständig in den Besitz der königgrätzer Zementfabrik übergegangen, ferner große Pakete Aktien der Vereinigten Eisbahnfabrikgesellschaften, der Dresdner Maschinenfabrik und Schiffsverleiher Leipzig, fast das gesamte Aktienkapital der Sächsischen Dampfmaschinenfabrik, der Sächsischen Glasfabrik und anderer Gesellschaften. In der letzten Woche sind 17 Millionen Mark der Deutschen Werksätten A.G. Dresden-Hellerau in den Besitz des Reichenberger Großindustriellen Freiherrn von Liebig übergegangen. Weiter verlautet, daß Liebig für 10 Millionen Mark Aktien der Sächsischen Licht- und Kraft A.G. angekauft hat.

### Devisenkurse.

	5. Februar		8. Februar	
	Kauf- (Belb-) Kurs	Verkauf- (Brief-) Kurs	Kauf- (Belb-) Kurs	Verkauf- (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden . . .	16768.—	16842.—	14668.50	14636.50
1 argentinische Papier-Peso . . .	15511.12	15588.88	13765.50	13884.50
1 belgischer Frank . . . . .	2280.81	2280.89	2014.95	2025.05
1 norwegische Krone . . . . .	7880.25	7919.75	6982.50	7017.50
1 dänische Krone . . . . .	7880.25	7919.75	6907.68	6942.32
1 schwedische Krone . . . . .	1121.87	11278.13	9875.25	9924.75
1 finnische Mark . . . . .	1037.35	1062.65	917.70	922.30
1 japanischer Yen . . . . .	20149.50	20250.50	17655.76	17744.24
1 italienische Lire . . . . .	9009.96	2030.04	1785.52	1794.48
1 indische Rupee . . . . .	195008.75	195996.25	172567.50	173482.50
1 Dollar . . . . .	42144.37	42355.63	37156.87	37343.50
1 französischer Frank . . . . .	2603.47	2616.53	2344.12	2355.88
1 brasilianischer Milreis . . . . .	4738.12	4761.88	4189.50	4210.50
1 Schweizer Frank . . . . .	7040.10	7079.90	6982.50	7017.50
1 spanische Pesta . . . . .	6018.41	6051.59	5785.50	5814.50
100 österr. Kronen (abgefl.) . . . . .	58.55	58.55	52.40	52.74
1 tschechische Krone . . . . .	1321.98	1328.02	1074.80	1079.70
1 ungarische Krone . . . . .	15.81	15.89	14.48	14.54
1 bulgarische Lewa . . . . .	241.28	245.65	216.45	217.55
1 jugoslawischer Dinar . . . . .	418.95	421.05	370.05	380.95

1 Polenmark galt etwa 1.13 bis 1.15 M.



**Regelmässige Verbindung**  
von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer

**NÄCHSTE ABFAHRTEN:**

America . . . . .	7. Februar	11. April
President Harding . . . . .	14. Februar	21. März
George Washington . . . . .	21. Februar	28. März
President Roosevelt . . . . .	28. Februar	4. April

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später  
Verlangen Sie Prospekte und Segelisten Nr. 83

**UNITED STATES LINES**

<b>BERLIN W 8</b> Unter den Linden 1	<b>BERLIN NW 40</b> Invalidenstr. 93
---	---

General-Vertretung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

**Husten mit Auswurf**

milchen Sie Ihre Kehle mit dem besten Mittel, das Sie haben. Ein Glas voll mit dem besten Mittel, das Sie haben. Ein Glas voll mit dem besten Mittel, das Sie haben.

\*) Arbeitszeit, Arbeitslohn und Arbeitsleistung. Tatsachen über die sozialpolitische und volkswirtschaftliche Bedeutung des Achtstundentages in Deutschland und im Ausland. Verlagsanstalt des ADGB, Berlin. 168 Seiten. Preis 1000 M.

Weinbrand **Winfelhausen** Alle Reserve

